

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **42**

März/April 2009



*„... führe uns nicht in Versuchung,
sondern rette uns vor dem Bösen ...“*



- ★ **Supermen(de) ist Oberbürgermeister**
- ★ **Yeziden: Leben zwischen den Welten**
- ★ **Asse-Außenstelle "Mariagluck"**
- ★ **Sozialmissbrauch von Amts wegen**
- ★ **30 Jahre Gorleben-Treck**

INHALT

Wende mit Dirk-Ulrich Mende: Unglaubliches Debakel für die CDU	3
Laternengespräche: Schmitteinander Zeichen bewegen?!	4
Zwangsheirat und Ehrenmord: Yeziden zwischen den Welten?	6
Asse-Außenstelle Mariagluck Laugen werden wieder in Höfer versenkt	8
HARTe Zeiten – ohne Ende Sitzen die Sozialbetrüger in den Amtsstuben?	10
Rückblick –Eschede: 500 Menschen gegen Na(h)tzi-Scheiß	13
Protest gegen Nazitreffen in Eschede: „... menschenverachtendes Gedankengut ...“	14
Bewährungsstrafe für Klaus Hellmund »Hilfsweise eine milde Strafe«	15
Freispruch für Antifas: Wer nötigt hier eigentlich wen?	16
Lokalnachrichten im Rückblick	17
Gorleben-Treck durch Hermannsburg und Celle „Die Herren machen das selber, ...“	20
Rezension: „Die Wolfsfeder“ Ein Jagdkrimi aus dem Celler Land	24
Rezension: Blauer Montag oder/und Bedingungsloses Grundeinkommen?	25
Termine KINO 8 1/2	26

H
A
L
L
O



... mit der Tauglichkeit von „Rettungs“-
Schirmen hat Double You so seine Er-
fahrungen gemacht (siehe oben).
Die „Krise“ dürfte in den nächsten Wo-
chen und Monaten die soziale Spaltung
der Gesellschaft in kaum vorstellbarer
Weise vertiefen. Irgendwie scheint’s fast
unangemessen, dass wir uns weiter mit
lokal orientiertem Kleinkram beschäfti-
gen. Aber die konkreten Auseinander-
setzungen spielen sich eben auch vor der
Haustür ab. Und da ist unser Anliegen,
den Blick der LeserInnen zu schärfen.
Also: Dann lest mal schön und schreibt
uns auch mal eine Kritik – Beifall und
Pfiße sind ausdrücklich erwünscht. Gern
würden wir eine Leserbrief- bzw. Diskus-
sionsseite eröffnen (wenn gewünscht
selbstverständlich
ohne Namensnennung).
Die nächste Ausgabe wird’s voraussicht-
lich Anfang Mai geben.

Bis dahin

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Unglaubliches Debakel für die CDU

Am Abend der Oberbürgermeisterwahl ist die Überraschung allseits komplett. Niemand unter uns hat wirklich ernsthaft mit einem Erfolg des SPD-Kandidaten gerechnet; selbst wer um die miese Stimmung gegen die CDU wusste, hielt im besten Fall eine Stichwahl für möglich. Doch dann schaffte es der Kandidat aus Kassel im ersten Wahlgang die 1. Stadträtin und CDU-Kandidatin Dr. Susanne Schmitt förmlich wegzupusten.

Plausible Erklärungen hatte auf Anhieb niemand. Im Wahlkampf, der nun wirklich keiner war, gab es kaum unterschiedliche Positionen und große Patzer leistete sich weder Mende noch Schmitt.



Was man mitbekam, war eine im Ansatz sexistische Stimmung gegen die CDU-Frau. Es kursierten abfällige Äußerungen über ihr Outfit, wobei „Avon-Beraterin“ noch eine harmlose Variante war. Man mag aber kaum glauben, dass Stilfragen derart eine Wahlentscheidung beeinflussen können.

Ein weiterer möglicher Aspekt: Schmitt galt als Kandidatin von Biermanns Gnaden, gewissermaßen die ausgewählte Thronfolgerin. Und Biermann hatte es schon 2001 schwer, als er gegen den eher blassen SPD-Kandidaten Rejmann nur mit 52,5 % gewählt wurde.

Dirk-Ulrich Mende hat tatsächlich in jedem einzelnen der 55 Wahlbezirke mehr Stimmen geholt als Schmitt; einzig die Parallelgesellschaft von Boye bildet eine Ausnahme. Aber auch dort, wo CDU und FDP bei der letzten Kommunalwahl 91,2 % holten, hatte Schmitt gerade mal vier Stimmen mehr. Und das lag nicht an der Wahlbeteiligung, die mit 48,6 % in Boye eine der höchsten war.

Verblüffen auch, dass Schmitt bei der Briefwahl aber in allen 6 Bezirken vor Mende lag. Das ist auch insoweit erstaunlich, als die SPD bei der Kommunalwahl 2006

tendenziell bei den BriefwählerInnen ein besseres Ergebnis hatte als an den Urnen – und umgekehrt bei der CDU. Das legt folgende Vermutung nahe: Mende hat tatsächlich in den ein, zwei Wochen vor dem Wahltag noch ungewöhnlich zugelegt und insbesondere schwankende WählerInnen auf seine Seite gezogen.

Ohne dass es sich in irgend einer Weise „öffentlich“ geäußert hätte, war die „Stimmung“ am Wahltag quer durch alle Bevölkerungsschichten gegen Schmitt und die CDU. Und auf der anderen Seite auch für Mende. Das lag interessanterweise nicht an einer besonders gelungen Mobilisierung in lange als traditionell der SPD zuzurechnenden Quartieren; die Wahlbeteiligung war dort unterdurchschnittlich.

	Stimmen	A	B
Susanne Schmidt	8.347	35,3	14,6
Dirk-Ulrich Mende	12.022	50,8	21,0
Ulf Swiniartzki	382	1,6	0,7
Peter Fehlhaber	2.902	12,3	5,1

Bei 57323 Wahlberechtigten und 23786 abgegebenen Stimmen ergab sich eine Wahlbeteiligung von 41,4 %. - A) in % der abgegebenen gültigen Stimmen; B) in % der Wahlberechtigten.

Die Auswirkungen für die Kommunalpolitik lassen sich im Moment schwer abschätzen. Die meisten WählerInnen dürften sich über die „Macht“ eines Oberbürgermeisters eher im unklaren sein. Die Niedersächsische Gemeindeordnung sieht ihn vor allem als beschlussvorbereitendes und ausführendes Organ von Rat und Verwaltungsausschuss. D.h.: Letztlich kommt es an auf die dort vorhandenen Mehrheiten an, und die liegen nach wie vor bei der CDU/WG-Gruppe.

Eine komplizierte Situation, die den neuen Oberbürgermeister vor allem als Impuls und Ideengeber fordert. Im Wahlkampf war da nicht allzu viel. Was wären die Themen? Konzepte gegen die soziale Desintegration, die gegen das Hartz IV-Zwangsregime zu entwickeln wären. Investitionen in eine Energiepolitik, die den Ausbau der regenerativen Energien (und das nicht im kleinen Rahmen der städtischen Liegenschaften). Dies in einer Co-habitations-Situation, also eines Bürgermeisters ohne Mehrheit, zu entwickeln, dürfte ziemlich aussichtslos sein. Zu erwarten ist eher, dass man die interessierten BürgerInnen weiter mit dem Altstadt-Thema und Uni-Träumereien nervt.

Schaun wir mal – „Wunder gibt es immer wiehieder, heute oder mohorgen können sie gescheh'n“ (K.Ebstein)



Schmitteinander Zeichen bewegen?!

Eine menschenleere Celler Innenstadt bei Nacht. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: Gestern waren es ganze drei Leute, die unserer Textschleife länger als 15 Sekunden zugehört haben.

Der Besserwisser: Zwei. Der Dritte hat hier nur so lange verwirrt rumgestanden, weil er WARG gesucht hat.

Oma Lilo: Dafür hatten wir heute nacht doch ein echtes Spektakel: siegestaumelnde Sozialdemokraten auf dem Heimweg.

Klein Jonas: Die sind doch getaumelt, weil sie so betrunken waren.

Die Dicke: Wir werden doch mal feiern dürfen?

Alle: Wiiiiiiir?

Die Dicke: Ach, wusstet ihr das nicht? Ich bin ja schon seit 1972 Sozialdemokratin. Willy wählen – ihr wisst schon.

Der lange Lulatsch: Gott wie peinlich.

Der Besserwisser: Jetzt laufen die Celler Sozen wieder rum wie Michelin-Männchen. But you remember: Hartz IV, Steuergeschenke an die Reichen, Krieg in Afghanistan ...

Oma Lilo: Aber für unsere kleine Stadt ist's doch eine Chance, das musst du doch zugeben.

Der Besserwisser: Das Oberbürgermeisteramt wird maßlos überschätzt. Die Zuständigkeit besteht darin, Beschlüsse des Rates und des Verwaltungsausschusses vorzubereiten und umzusetzen. Den Hut hat also eigentlich die Politik auf.

Der lange Lulatsch: Beim Biermann sah das aber anders aus.

Der Besserwisser: Eine Bürgermeisterin ist so stark wie der Rat, also Mehrheitsfraktion und Opposition schwach ist. Und bei einer politisch gespaltenen CDU und einer eher schläfrigen SPD war Dr. honoris causa halt der König, der sich als Sehender unter all den Blinden inszenieren konnte.

Oma Lilo: Aber Wahlkampf haben sie ja doch geführt.

Der lange Lulatsch: Dass ich nicht lache. Schmitt und Mende haben im Kern keine einzige kontroverse Position. Und da das am Ende ein bisschen peinlich wurde für den Herausforderer, hat die SPD gedacht mit ihrem Vorschlag, Schuhstraße, Stehbahn und Markt wieder zu einer Fußgängerzone zu machen, wenigsten einen Kontrapunkt zu setzen.

Die Dicke: Genau das wollen die Leute: Keinen Streit und eine Fußgängerzone. Wir haben halt den Nerv getroffen.

Der Besserwisser: Mir ist das absolut ein Rätsel, wie die Stimmung so kippen konnte. Bei den Briefwählern liegt Schmitt noch vorn, und

wer sich erst im Wahllokal entscheidet macht sein Kreuz bei Mende?

Klein Jonas: Ende im Gelände, Wende für Mende.

Oma Lilo: Die Schmitt gilt halt als Kandidatin von Biermanns Gnaden, mit dem Zusatzfaktor neoliberale Kälte. Da wollte man lieber den Schwiegersohn von Henning Scherf. Und wie die Leute gelästert haben, habt ihr ja mitbekommen. Die Volksgemeinschaft einmütig gegen „Kriegsbemalung“.

Der lange Lulatsch: Ich denke, die Mittelschichten hoffen auf mehr Lockerheit und zivilen, bürgergesellschaftlichen Diskurs.

Der Besserwisser: Geklappt hat das ja nicht gerade. Der Blick auf die Stadt hat sich im Wahlkampf um keinen Millimeter verändert. Alle hielten an der Verrücktheit fest, die Zukunft der Stadt auf ihren Altstadt kern zu reduzieren. Dabei ist das pure Idiotie. Die Lebensqualität der Menschen hängt nicht davon ab, ob es in Celle H&M gibt oder einen Media-Markt.

Die Dicke: Mende hatte auch den Slogan: „Für die ganze Stadt.“

Der Besserwisser: Aber nicht mit Inhalt gefüllt. Und zu sagen: „Für mehr Lebensqualität in den Ortsteilen“ ist eine leere Hülse. Wir stecken in der größten Wirtschaftskrise seit 1929 und die Dame und die Herren fanden nichts wichtiger als die Frage, wie man die Innenstadt zum Kaufhaus machen kann.

Der lange Lulatsch: Und „Hightech in der Heide“ mit Masterstudiengang „Geothermie“. Ist das nicht ein Zukunftsprojekt?

Der Besserwisser: Immerhin mal mehr als der ewige Traum von einer Universität. Nur: Was hat der bei Baker Hughes entlassene Zeitarbeiter davon? „Geothermie“ klingt zwar schön nach Energiewende, ist – wie hier – als Tiefbohrprojekt aber darauf angelegt, den großen Energiekonzernen eine Option zu eröffnen. Eine wirkliche Energiewende muss sich von Renditeüberlegungen abkoppeln und muss dezentral sein. Ein Feld für die Kommunen.

Die Dicke: Nun wartet mal ab, der Mende kommt aus Hessen, da sind Sozialdemokraten doch halbe Kommunisten und was sie in Sachen Energiewende vorhatten, war doch ganz ordentlich.

Der lange Lulatsch: Wer's glaubt, wird selig. Im Ernst: Die CDU/FDP wird nichts zulassen. Und wenn Mende nicht den Ober-City-Manager gibt, wird er von der CZ zerlegt.

Oma Lilo: Wenn Wahlen was ändern würden, ... – Die Zahl derjenigen, die sich absolut nichts erhoffen wächst. Gerade mal noch 41,5 % Wahlbeteiligung. Unterm Strich hat man selbst mit 50 Prozent mal gerade noch die erklärte Zustimmung von jedem Fünften.

Der Besserwisser: Was ja für die Erich-Mühsam-Fans unter uns auch nichts bringt. Es ist ja kein Wahlboykott, sondern Desinteresse auf der Grundlage gesellschaftlicher Desintegration.

Der lange Lulatsch: Aber lustig wird jetzt das Hauen und Stechen in der CDU.

Oma Lilo (schmunzelnd): „Für Celle ein Glücksfall“, wie es zur Kandidatin noch auf einer ganzseitigen Anzeige kurz vor Toresschluss hieß. Und geht sie?

Der Besserwisser: Na, vielleicht gibt's auch ein Schmitteinander.



Yeziden zwischen zwei Welten?

Die 300 BesucherInnen bei Necla Keleks Lesung in der CD-Kaserne sind sich einig in ihrer Empörung über Zwangsheirat und fragwürdige Ehrbegriffe. Der Bericht, den sie am selben Tag in der *Celleschen Zeitung* lesen konnten, trägt das seine bei: Eine 17-jährige Yezidin hatte sich im Januar erhängt, „vermutlich aus Verzweiflung“, eine drohende Zwangsverheiratung habe den Ausschlag gegeben. Die Eltern hätten dem erhängten Mädchen den Kopf geschoren. Die dann gerufene Polizei habe noch Lebenszeichen festgestellt, aber auf der Intensivstation sei die junge Frau dann gestorben.

Nachdem die Diskussion in der CD-Kaserne eigentlich beendet sein soll, meldet sich noch eine junge Kurdin zu Wort: Der Artikel in der CZ entspreche nicht der Wahrheit, mal wieder würden die Yeziden verunglimpft. – Die Reaktion vom Podium fällt harsch aus: Statt sich wieder einmal über die Presse zu beklagen, sollten sich die Yeziden doch bitte dem Problem stellen. Eine weitere Diskussion wird abgewürgt.

Zwei Wochen später bringt die *Cellesche Zeitung* eine Gendarstellung:

„1. Unwahr ist, dass unsere Tochter sich getötet hat, weil sie zu einer Heirat gezwungen werden sollte. Wahr ist, dass bis heute nicht aufgeklärt ist, warum sich unsere Tochter selbst getötet hat. 2. Unwahr ist, dass wir unserer Tochter die Haare abgeschnitten haben sollen, anstatt ihr zu helfen. Wahr ist, dass hier nach >einem Moment des Schocks< sofort der Notarzt informiert wurde und dass wir unserer Tochter nicht die Haare abgeschnitten haben.“

Und statt der üblichen Anmerkung, man sei laut Pressegesetz zum Abdruck der Gendarstellung verpflichtet, unabhängig von deren Wahrheitsgehalt, fand sich als „Anmerkung der Redaktion“ der Satz:

„Die Darstellung von Seyho K. und Utti K.. ist richtig.“

Es ist unglaublich – wie kann eine Zeitung eine derartige Geschichte in die Welt setzen? Mich überfällt jetzt noch im Nachhinein ein Gefühl der Scham, wenn ich daran denke, dass niemand in der Kelek-Veranstaltung dem Dementi der jungen Kurdin Glauben schenkte.

Wir betonen immer so großartig unsere Integrationsbereitschaft, aber eigentlich zeigt dieses Beispiel, wie sehr auch die „eigene“ Identität sich durch Abgrenzung herstellt. Indem wir der Gruselgeschichte der *Celleschen Zeitung* unhinterfragt glaubten, verschafften wir der kol-

lektiven Schande, die den Yeziden angeheftet wurde, ja erst ihre Wirkung. Und andererseits: Wie überlegen und aufgeklärt fühlte sich das weiße, deutsche Mittelschichtpublikum angesichts der Schilderungen Necla Keleks über die barbarische Welt der Zwangsverheiratungen und überholten Ehrbegriffe? Und wie großartig fanden einige ihr Christentum, das ihre Großväter allerdings bekanntlich nicht daran gehindert hat, mordend durch die Welt zu ziehen.

Eine derartige Berichterstattung verstärkt selbstverständlich die Abschottung der yezidischen Community, ist sie doch Wasser auf das Selbstbild, eine immer schon diskriminierte und verfolgte Minderheit zu sein. Zentral für die ja vorhandenen, sub-gesellschaftlichen Strukturen dürfte die endogame Heiratsregel sein. Yeziden dürfen nur innerhalb ihrer religiösen Gruppe heiraten, und dort auch nur innerhalb der drei hierarchischen Kasten. Yezide wird oder bleibt man eben nicht durch Glauben und Ausübung der Religion, sondern allein durch Geburt. Deshalb wird jede exogame Heirat mit dem faktischen Ausschluss aus der yezidischen Gemeinschaft sanktioniert. – Vor dem Hintergrund ihrer Verfolgungsgeschichte, so der identitätsstiftende Mythos, hat nur diese soziale/religiöse Norm das Überleben der Yeziden gewährleisten können.

Dass gerade Religionen dazu taugen, sich sozial und kulturell von anderen abzugrenzen, ist bekannt. Es ist nicht so lange her, dass in tiefkatholischen Gegenden interkonfessionelle Ehen als „unmöglich“ galten und uneheliche Kinder als ehrverletzend für den ganzen Familienverband.

Und jeder kann sich die familiäre Bestürzung vorstellen, wenn ein/e „Deutsche/r“ einen Kurden oder eine Kurdin würde ehelichen wollen. Die Befürchtungen speisen sich aus dem Wissen um die Unterschiede zwischen den Sozialisierungen: hier vor allem auf Autonomie und Selbstverwirklichung orientiert, dort auf Familie, Gemeinschaft und Ehre.

Aber in diesem Spannungsfeld aber leben junge Yezidinnen und Yeziden auch als Individuen; denn sie bewegen sich in Schule, Sportverein und Freundeskreis mit den Versprechungen und Realisierungen von Autonomie.

Zuletzt sind einige Bücher erschienen, die auf die hieraus sich ergebenden Konflikte eingehen. Hatun Tu-

Laugen werden wieder in Höfer versenkt

Die Art und Weise wie im Endlager Asse mit Atom-
müll verfahren wurde, stellt fast Springfields Atom-
kraftwerker in den Schatten. Homer Simpson würde
sich zu Hause fühlen. Nur ist es leider kein Zeichen-
trickfilm, sondern Realität. Skandal reiht sich an Skan-
dal – und die Verbringung der Laugen aus der Asse in
den Schacht Mariagluck in Höfer ist dabei nur eine Epi-
sode am Rande.

Am 6. Februar 2009 wurden die Transporte wieder
aufgenommen, nachdem ihre jahrelange, ordnungswid-
rige Verbringung im Sommer 2008 gestoppt worden
war. Der neue Betreiber des Endlagers, das Bundesamt
für Strahlenschutz (BfS), hatte einen Monat zuvor er-
klärt, alles unter Kontrolle zu haben. Dafür stellte sich
sogar der Chef, nämlich Wolfram König, vor Ort den
Fragen und der Kritik der BürgerInnen aus Höfer und
dem Landkreis. Der vom damaligen Umweltminister
Trittin 1999 als Präsident eingesetzte Parteifreund
brachte zur Veranstaltung nach Höfer vor allem ein paar
wohlabgewogene neue Sprachregelungen mit:

„Laugenmanagement“ war eins davon. Wo bisher un-
verantwortliche Schlamperei an der Tagesordnung war,
wird jetzt also „gemanagt“. - Besser noch aber war die
Differenzierung zwischen „Zutrittwässern“ und „konta-
minierter Lauge“. Was kommt nach Höfer? Selbstver-
ständlich nur die „Zutrittwässer“, während eine Anlie-
ferung „kontaminierte Lauge“ von König „definitiv“
ausgeschlossen wurde.

In den 1970er Jahren mag solche Begriffskosmetik
von wegen „sauberer Kernenergie“ und „nuklearem Ent-
sorgungszentrum“ noch verfangen haben. In Höfer hatte
man ein feines Gespür für diese Verharmlosungsstrate-
gie.



Einräumen muss man allerdings, dass das BfS halb-
wegs plausible Erklärungen dafür anbieten konnte, wa-
rum die „Zutrittwässer“ mit dem radioaktiven Nuklid
Tritium belastet sind. Sie kommen mit der so genannte
„Grubenluft“, also der im Schacht befindliche Luft in
Kontakt und die wiederum hält sich nicht fern von dem
strahlenden Atommüll. Nun ist es so, dass die „Zu-
trittswässer“ bisher im Schacht längere Zeit in Auffang-
becken zwischengelagert wurden. Dort reicherte sich das
Tritium an; täglich mit etwa 4 Becquerel pro Liter. Je
länger die Wässer im Schacht bleiben, desto höher ist al-
so ihre radioaktive Belastung. Das „Laugenmanage-
ment“ besteht jetzt in der großartigen Idee, sie mög-
lichst schnell über Tage zu bringen, um so ihre Belas-
tung zu verringern. Der Effekt: Hatten die bis Mitte
2008 nach Höfer transportierten Laugen Belastungen
von 200-300 Becquerel pro Liter (Bq/l), so meint man
diese künftig auf 40 Bq/l begrenzen zu können.

„Diese Wässer sind somit unbedenklich und stellen
keine Gefahr für Mensch und Umwelt dar“, meint das
BfS in seiner Pressemitteilung am 6. Februar. Darin –
nebenbei gesagt – hatte sich der Begriff „Laugenmana-
gement“ in „Lösungsmanagement“ gewandelt. Und ihr
Problem haben sie damit tatsächlich erst einmal gelöst
und eine Sorge weniger.

Die Sorgen der Höferaner Bevölkerung bleiben.
Selbstverständlich sind es vor allem die Befürchtungen,
dass ihr teilweise hart erarbeitetes Eigentum an Haus
und Boden einen Wertverlust erleidet. Die Attraktivität
eines Dorfes steigt nicht gerade, wenn es – und sei es
nur am Rande - Bestandteil des ungelösten Atommüll-
problems geworden ist.

Auch waren zwei Tatbestände, die in der Veran-
staltung öffentlich wurden, nicht gerade geeignet, das Ver-
trauen in die „Laugenmanager“ zu verbessern. Die Zu-
sage, in die Sonderbetriebspläne Einsicht nehmen zu
können, war noch nicht eingelöst worden. Und die von
dem „Arbeitskreis Höfer“ in der Schachtanlage genom-
menen Proben gaben zusätzliche Rätsel auf: Nicht nur,
dass im Unterschied zu den von den alten Transporten
genommenen Rückstellproben auf einmal das Nuklid
Kobalt-60 auftauchte. Erstaunlich war der Tritium-
Wert einer vom AK gezogenen Probe. Wo man durch
die Verdünnung eine erheblich geringere Belastung hät-
te erwarten müssen, ergab sich in einer Probe ein Wert
von 380 Bq/l. Mehr, als je in einer der offiziellen Rück-
stellproben – also in „Reinform“ – aufgetreten war.

Einsicht in die Sonderbetriebspläne, also die Geneh-
migungsunterlagen durch das Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie, konnte der Arbeitskreis inzwi-
schen nehmen.

Die halbwegs plausible Erklärung für den hohen Tritium-Wert stiftet hingegen neue Beunruhigung. Die Belastung scheint von den Rauchgaslaugen herzurühren, die ebenfalls – ohne Information der Öffentlichkeit – in Mariagluck eingebracht worden waren. Und auch die gemessenen Spuren von toxischen Stoffen wie Arsen und Quecksilber scheinen hier ihre Ursache zu haben.

Hierfür hatten in der Informationsveranstaltung weder Wolfram König noch der Vertreter des Niedersächsischen Umweltministeriums, Hans Salfeld, eine Erklärung anzubieten. Trotzdem gab es für sie überhaupt keinen Zweifel, an der Ungefährlichkeit ihres Unterfangen. Sie sahen für ihr Problem keinen anderen Weg, als die Transporte nach Höfer möglichst schnell wieder aufzunehmen – alternativlos.

Ein Vertreter der Celler Forum gegen Atomenergie wies die Veranstaltungsbesucher darauf hin, dass der Betreiber – seinerzeit noch das Helmholtz Zentrum München – und die Landesregierung sofort nach dem Transportstopp im Sommer alle erforderlichen Hebel in Gang gesetzt hätten, um wieder nach Höfer liefern zu können. Andere Standorte seien nur pro forma in die „Untersuchungen“ eingeflossen. Und er erklärte – ohne Widerspruch vom Podium zu ernten, dass die bisherigen Transporte nach Höfer unter Verletzung der Strahlenschutzverordnung erfolgt sind.

Erstaunlich offen zeigte sich Wolfram König gegenüber der Forderung des Forumsvertreters, dem Arbeits-



kreis Höfer jederzeit die unangemeldete Entnahme von Proben zu gewähren und auch die Laboruntersuchungen zu finanzieren.

Auch wenn es nicht zu den von Höferanern angekündigten Protesten aus Anlass der Wiederaufnahme der Transporte gekommen ist, macht die Stimmung vor Ort eins deutlich: Wer in Deutschland neue Atomkraftwerke bauen will, wird am Widerstand der Bevölkerung scheitern. Wo man schon wegen einer Tritiumbelastung von 40 Bq/l einen erheblichen „Überzeugungsaufwand“ betreiben muss, geht bei einem AKW nichts mehr. Das bayerische AKW Gundremmingen darf laut Betriebsgenehmigung jedes Jahr mit dem Abwasser maximal Tritium mit 37 Billionen Bq Radioaktivität in die Donau leiten und Tritium mit 22 Billionen Bq Radioaktivität über den Abgaskamin freisetzen. Es gibt aktuell zwar nicht die Kraft, die gefährlichen Zukunftskiller sofort stillzulegen. Aber wer neue Atomanlagen in Betrieb nehmen will, sollte sich vorsichtshalber mal mit der Stimmung in Höfer vertraut machen.

Die lokale Politik zeigte im Fall Höfer – mit wenigen Ausnahmen – mal wieder ihre grenzenlose Verantwortungslosigkeit. Die Verwaltungsspitze des Landkreises ist in ihrem Desinteresse kaum zu übertreffen; es gab keine Informationsinitiative, die über das absolut Notwendige hinausging. Annegret Pfützner und Gerald Sommer (Bündnisgrüne) gaben sich auf den Veranstaltungen zwar kämpferisch; aber sie verzichteten darauf, die Kreisverwaltung und den Kreistag über Beschlussanträge oder ähnliches in die Verantwortung zu nehmen. - Von den Bundestagsabgeordneten Struck (SPD) und Otte (CDU) hörte man kein Wort. Die Landtagsabgeordneten Langspecht (CDU) und Bode (FDP) gefielen sich in einer kritiklosen Verteidigung „ihrer“ Landesregierung. Einzig dem SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Meyer muss man zugute halten, dass er sich in seinen Stellungnahmen eindeutig auf die Seite der Höferaner Bevölkerung stellte – was teilweise sogar spontaneistische Züge annahm. Auf die Sachzwang-Argumentation des BfS-Präsidenten König, wonach sie als Betreiber nicht mehr wüssten, wohin mit den Laugen, antwortete er: „Das ist doch nicht unser Problem.“

Hintergründe zum Laugen-Skandal

Von April 2005 bis Juni 2008 waren insgesamt rund 20 Millionen Liter Laugenzutritts-gewässer aus dem Atommüllendlager Asse II in verschiedene stillgelegte Bergwerke verbracht. Diese Laugen, die mit rund 12.000 Litern pro Tag in das Grubengebäude eindringen, mussten und müssen raus, um ein Absaufen zu verhindern.

Mit 5.932.000 Liter von diesen Laugen wurde das stillgelegte Kalibergwerk „Mariagluck“ in Höfer geflutet. Grundlage war ein Sonderbetriebsplan des Landesbergamtes. Dieser allerdings hatte die Richtlinien der Strahlenschutzverordnung nicht berücksichtigt. Als Bundesumweltminister Gabriel (SPD) Mitte August 2008 diese Transporte skandalisierte, weil die Laugen eben auch mit radioaktiven Nukliden belastet waren, waren sie schon gestoppt worden. Und das Niedersächsische Umweltministerium hatte alle erforderlichen Schritte, das heißt vor allem Gutachten zu den bis dahin fehlenden Freigabegrenzwerten, in die Wege geleitet.

Die lokale Öffentlichkeit, BürgerInnen, Verwaltungen und politische Gremien wurden erst nach Bekanntwerden des Skandals informiert.

Wegen dieser und anderer Schlampereien und Vertuschungen wurde der alte Betreiber, das Helmholtz Zentrum München, durch das Bundesamt für Strahlenschutz abgelöst. Das so genannte Versuchsendlager Asse II wurde offiziell zum Atommüllendlager umdeklariert.

Mehr Infos unter www.anti-akw-celle.de

HARTe Zeiten – ohne Ende

Hartz IV hat nicht mehr gebracht als eine Entwürdigung von Millionen Menschen. Und hunderttausende Kinder und Jugendliche werden jeder Möglichkeit beraubt, in einer der reichsten Gesellschaften der Welt eine Chance jenseits der Armut zu bekommen. Es sind nicht schlecht gemachte Gesetze, die das hervorrufen, sondern es ist politisch gewollt. Unabhängig davon gibt es eine konkrete Anwendung vor Ort – und in Celle kann man den Eindruck gewinnen, dass der (Sozial-)missbrauch hier von Amts wegen praktiziert wird. – Wir haben ein Interview mit Leuten von der Initiative „sic – sozial in celle“ geführt, die einmal in der Woche eine Beratung im BSG-Büro abhalten.

Man liest und hört, dass die Sozialgerichte wegen Hartz IV nach wie vor steigende Fallzahlen haben. Wie sieht die Situation bei euch aus?

Wir haben in der Tat im neuen Jahr den Eindruck, dass der Beratungsbedarf weiter zunimmt. Rund drei Viertel der Ratsuchenden kommen wegen Problemen, die mit den so genannten Kosten der Unterkunft, also Miete und Heizung, zusammenhängen. Der Landkreis Celle als Leistungsträger ist auf einem permanenten Raubzug. Man hat in der Beratung wirklich nicht mehr den Eindruck, hier würden gesetzliche Ansprüche umge-

setzt. Das einzige Gesetz, das bei der Leistungsbewilligung zum Tragen zu kommen scheint, heißt: Kosten senken.

Könnt Ihr Beispiele nennen?

Fangen wir mal mit einer Absurdität sondergleichen an. Thema Heizkosten. Ein Erwerbsloser hat eine Wohnung mit 55 qm. Von der Kaltmiete und den Nebenkosten her voll im Rahmen. Trotzdem stellt sich der Landkreis hin und sagt: Die Wohnung ist 5 qm zu groß. Im Bescheid wird ihm mitgeteilt, er könne nicht erwarten, dass der Leistungsträger für die Beheizung dieses unangemessenen Teils der Wohnung aufkommt. Die Heizkosten werden um 10 Prozent gekürzt.

Wieso ist die Wohnung „zu groß“?

Das ist selbstverständlich Quatsch. Die Angemessenheit der Wohnungsgröße orientiert sich an den Richtlinien über die soziale Wohnraumförderung. Für Niedersachsen heißt das: 50 qm für eine Person, 60 qm für zwei, 75 qm für drei und 85 qm für vier Personen und 10 qm für jede weitere Person. Bei Alleinerziehenden und Behinderten soll „fiktiv“ von einer weiteren Person im Haushalt ausgegangen werden. Im Kern kommt es aber nicht auf die Wohnungsgröße an, sondern auf die tatsächlichen Mietkosten. Und die betrachtet der Landkreis in dem genannten Fall als „angemessen“. Was angestrebt wird, ist eine Kürzung der Wohnkosten durch die Hintertür der Heizkosten.

Was ist die Konsequenz für den Betroffenen?

Er hat auf unseren Rat hin einen Widerspruch eingelegt und wird, wenn das nicht hilft, auch klagen. Man muss sich aber den Wahnsinn klar machen, der hinter dieser Methode liegt: Will man tatsächlich, dass jemand seine Wohnung wechselt wegen 10 Prozent der Heizkosten? Will man, dass Familien aus derartigen Gründen umziehen müssen, verbunden mit dem Wechsel der Schule usw.? Selbstverständlich will der Landkreis das nicht. Denn in der Konsequenz würde das für ihn ja nicht bedeuten, dass die Kosten sinken, denn: Bei einer 50 qm großen Wohnung müsste er nach seiner eigenen Logik durchaus auch höhere Heizkosten zahlen müssen. Es geht also nur darum, einen Teil der Kosten auf die Betroffenen abzuwälzen. Denn selbstverständlich ziehen die Leute nicht wegen 10 oder 20 Euro im Monat um, sondern sparen es sich von der Regelleistung ab.

Welche Chancen gibt es hier vor dem Sozialgericht?

Wer sich gegen derartigen Sozialbetrug, und so sollte man das, was der Landkreis macht, nennen, wehrt, hat



immer noch gute Chancen. Aber viele wehren sich eben nicht. Demnächst wird das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen wohl noch einmal grundsätzlich in dieser Frage entscheiden. Aber einerseits muss man sagen, dass auch die Sozialgerichtsbarkeit sich den Kostensenkungsmaximen der Politik anpasst. Und andererseits sind damit der Phantasie der Leistungsträger noch lange keine Grenzen gesetzt. Die arbeiten dann an der nächsten Schweinerei.

Gestritten wird also immer um die Angemessenheit?

Ja. Noch ein anderes Beispiel: In den letzten drei Wochen hatten wir zwei Fälle, wo Familien mit Nachwuchs der Umzug in eine größere Wohnung nicht bewilligt wurde. Man muss vielleicht erstmal das Zwangsregime erläutern. Wer in Hartz IV ist, darf nicht einfach umziehen. Man muss sich beim Landkreis eine Einwilligung abholen, sonst verweigert er z.B. die Mietkaution. Und im Prinzip hat er sogar das Recht, die neue Kaltmiete nur in Höhe der alten zu zahlen. Also: Die Familien erwarten Nachwuchs und wollten deshalb in eine größere Wohnung umziehen. Der Landkreis hat dies in beiden Fällen abgelehnt mit der Begründung, die bisherige Wohnung sei ausreichend. In den Medien werden Hartz IV-Eltern ja in der Regel runtergemacht. Was erleben wir in Celle? Da wollen Eltern im Sinne ihrer Kinder die Wohnsituation halbwegs angemessen gestalten – und es wird ihnen vom ach so familienfreundlichen Landrat und seiner Verwaltung schlicht und einfach verweigert. Wo drei Personen in eine 70 qm Wohnung passen, da wird doch auch noch ein weiteres Kind unterzubringen sein. Und die Chancen, sich dagegen zu wehren, sind sehr gering. Denn: Vor Gericht könnte man nur um die Verweigerung der Zusage für eine konkrete Wohnung streiten. Und die ist in der Regel weg, bevor man z.B. eine einstweilige Anordnung des Sozialgerichts bekommen könnte.

Die Bundesregierung hatte versprochen, mit dem neuen Wohngeldgesetz die Förderung zu verbessern. In Celle ist für viele das Gegenteil eingetreten. Wie das?

Es gab lange einen Streit darum, welche Wohnkosten angemessen sind. Der Landkreis ist am Ende beim Landessozialgericht unterlegen. Das hat festgelegt: Da es für Stadt und Landkreis Celle keinen Mietspiegel gibt, soll die Tabelle für das Wohngeld als Maßstab herhalten – und dabei die rechte Spalte plus zehn Prozent. Um das zu erklären: Für die Bemessung war zum einen die Einstufung des Ortes wichtig, also der Fakt, dass Mieten in Hannover teurer sind als z.B. in Burgdorf. Die alte Wohngeldtabelle hatte mehrere Spalten, die zum Beispiel Baujahr und Ausstattung der Wohnung berücksichtigten. Da hat sich das Landessozialgericht in der Frage der Angemessenheit auf die höchsten Richtwerte festgelegt und zehn Prozent daraufgeschlagen, weil die Tabelle von 2002 war und die Steigerungen, insbesondere bei den Nebenkosten nicht dargestellt hat. Das war dann für die Betroffenen auch eine klare Orientierung. – Mit der Novellierung des Wohngeldgesetzes im Herbst

letzten Jahres gab es dann auch eine neue Tabelle. Und da sind die Stadt Celle, Bergen und Winsen in der Ortsklasseneinordnung zurückgestuft worden, einzig Hambühren ist hochgestuft worden und alle anderen Gemeinden sind gleich geblieben. Das hat erhebliche Konsequenzen: Bei einem Ein-Personen-Haushalt ergibt sich in der Stadt Celle eine Absenkung um 27,50 EUR und 49,50 EUR bei einem Fünf-Personen-Haushalt.

Gilt das jetzt für alle?

Aus unserer Sicht muss es selbstverständlich einen Bestandsschutz geben. Der Landkreis dürfte also nicht kürzen, wo er mal bewilligt hat. Strittig ist dann schon die Frage der Neuanmietungen. Da betreibt es der Landkreis schon durchgehend. Und das, obwohl die Erstellung eines eigenen Mietspiegels angekündigt wurde, der die Orientierung an der Wohngeldtabelle ablösen soll. Was dabei rauskommt, bleibt abzuwarten. – Aber der Landkreis scheint sich damit nicht zu begnügen. Wir hatten jetzt schon Einzelfälle, bei denen ein Änderungsbescheid ergangen ist auf Grundlage der neuen Wohngeldtabelle.

Was kann man den Betroffenen raten?

Sie sollen in solchen Fällen sofort einen fristwahren Widerspruch schreiben und sich dann für eine fundierte Begründung in eine der Beratungsstellen begeben.

Welchen Einfluss hat eigentlich die Kommunalpolitik auf diese Praxis der Landkreisverwaltung?

Die Verwaltung handelt einfach. Die Informationen an die Kreistag sind dünn. Aber die Kommunalpolitik scheint entweder den Sparkurs auf dem Rücken der Betroffenen zu wollen, egal ob rechtswidrig oder nicht, oder sie werden von der Verwaltung getäuscht. Dazu vielleicht noch ein Beispiel: Die Verwaltung hat der Politik zugesichert, bei der Zahlung der Mietkaution auf die





darlehensweise Rückzahlung zu verzichten. Wir haben nicht den Eindruck, dass das passiert. Sondern: Die Betroffenen fühlen sich genötigt, derartige Darlehensverträge mit Abtretungserklärung unterschreiben zu müssen, um eine Bewilligung zu bekommen. Vielleicht zum besseren Verständnis: Bei einer Wohnungsneuanmietung ist in der Regel eine Mietkaution fällig. Das Gesetz bestimmt, dass dies vom Leistungsträger in Form eines Darlehens zu bezahlen ist. Normal wäre dann eine Regelung, dass der Landkreis diese Kautions bei Ende des

Mietverhältnisses zurückerhält oder auch bei Ende des Leistungsbezugs, also wenn jemand einen Job findet. Absolut rechtswidrig ist die ratenweise Rückzahlung im Leistungsbezug. Und doch hat der Landkreis so gehandelt, und wir meinen eben, anhand einzelner Berichte sagen zu können, dass es diese Praxis nach wie vor gibt. Der Landkreis wird behaupten „auf freiwilliger Basis“. Aber auch das geht nicht. Es ist schlicht und einfach rechtswidrig.

sozial in celle (sic!), Neustadt 23 (Do. 14.30-17 Uhr) - Tel.: 05141-3494244

eine andere Beratungsmöglichkeit gibt es bei:

Beratungsstelle für Arbeitslose, An der Stadtkirche 8 (Mo. 14-18, Di. u. Mi. 9-12 Uhr und n. Vereinbarung)

Und wer aktuelle Infos zur Celler Situation sucht, kann diese finden unter:

www.erwerbslosenini-celle.de

DEMONSTRATION AM 28. MÄRZ 2008 IN BERLIN



Auf Initiative gewerkschaftlicher, sozialer und politischer Gruppen finden zwei zentrale Demonstrationen am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt/Main statt. Nach zähen Debatten gibt es einen Aufruf, der u.a. von attac, diversen Gewerkschaftsgliederungen, MigrantInnenorganisationen, dem Aktionsbündnis Sozialproteste, den Euromärschen, christlichen Gruppen, der Partei DIE LINKE, der „internationalen sozialistischen linken“ und der DKP getragen wird. Weitere Gruppen wie die „interventionistische linke“ mobilisieren mit eigenen Aufrufen zu den Demonstrationen.

Aus Celle unterstützen bis jetzt attac sowie der Kreisverband Celle der Partei DIE LINKE und einzelne GewerkschafterInnen die Mobilisierung nach Berlin. Von Celle wird ein Bus fahren; Kosten: 10 EUR. Nähere Infos dazu über das Büro der LINKEN: 05141-9013040

Interessierte sollten sich bitte unbedingt sofort anmelden. Zwei Tage vorher ist für die OrganisatorInnen immer ein Problem.

Demoaufruf und weitere Infos unter:

<http://kapitalismuskrise.org/>

500 Menschen gegen Na(h)tzi-Scheiß

Rund 300 AntifaschistInnen protestierten am 20. Dezember 2008 in Eschede gegen die die am selben Tag stattfindende Wintersonnwendfeier auf dem Hof Nahtz. An der Demo, die lautstark durch das Dorf zog, beteiligten sich auch einige BürgerInnen und Bürger aus Eschede und den umliegenden Orten. Am Abend hatte der neu gegründete "Arbeitskreis gegen Extremismus" die Escheder BürgerInnen zu einer vorweihnachtlichen Kundgebung gegen die Nazitreffen eingeladen; bei rund 200 TeilnehmerInnen durchaus auch beachtlich. Positiv hervorzuheben ist dabei der Beitrag von Samtgemeindebürgermeister Günter Berg, der nicht nur die Hintergründe der Nazitreffen in Eschede anschaulich beschrieb, sondern auch den friedlichen Verlauf der vorher stattgefundenen antifaschistischen Demonstration betonte. (siehe Auszüge auf der nächsten Seite)

Die antifaschistische Demonstration war mit einem völlig unverhältnismäßigen Polizeieinsatz konfrontiert. Rings um den Bahnhofsvorplatz standen mehrere Einsatzzüge der Bundes- und Landespolizei, dazu drei Wasserwerfer und ein Räumpanzer, zusätzlich überflogen den ganzen Tag über zwei Polizeihubschrauber die Gegend. Mal wieder sollte so ein Bild von gewalttätigen und bedrohlichen DemonstrantInnen heraufbeschworen werden, um so die Menschen in Eschede von einer Teilnahme abzuschrecken. Mit dem Zug in Eschede eintreffende TeilnehmerInnen wurden schon auf dem Bahnsteig von Polizeibeamten in Empfang genommen. Bevor zwei größere Gruppen das Bahnhofsgelände verlassen konnten, wurden sämtliche Personen einzeln kontrolliert. Das „beeindruckende“ Ergebnis: 1 Schlagring, 4 Pfeffersprays, 1 Eisenstange, Pyrotechnik (Feuerwerkskörper) und in 8 Fällen Vermummungsgegenstände. Abgesehen davon, dass es einigermaßen blauäugig ist, mit Pfefferspray und Feuerwerkskörpern zu dieser Demo zu fahren – die ach so bedrohlichen Funde sind ein Witz. Bei im Umfeld der Sonnwendfeier durchgeführten Hausdurchsuchungen in Winsen stellte die Polizei ein G-3-Gewehr und ein Kleinkalibergewehr sicher (siehe auch die Meldung in diesem Heft).

Die Demonstrationsleitung musste nebenbei registrieren, dass es bei den Personenkontrollen zu unwürdigen Szenen und sexistischen Übergriffen seitens der Polizei gekommen sein soll. Mehrere Frauen sollen mit se-

xistischen Sprüchen beleidigt und besonders am Unterleib "abgetastet" worden sein. Einige Teilnehmer mussten sogar ihre Hosen bei den Kontrollen öffnen und ihre Schuhe ausziehen.

So konnte die Demonstration erst mit über einer Stunde Verspätung starten. Bei einer Zwischenkundgebung wurde an Peter Deutschmann erinnert, der am 10. August 1999 von den beiden Escheder Nazi-Skinheads Marco Siedbürger und Johannes K. getötet worden war. Siedbürger schloss sich nach seiner fünfjährigen Haft der Schaumburger Naziszene an. Er gehört seit Jahren zu den gewalttätigsten Naziaktivisten; bis heute zieht es ihn in seine alte Heimat zurück und er ist regelmäßiger Besucher der Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz.



Insgesamt bewerten die OrganisatorInnen den Tag als „Teilerfolg“. Auch wenn das Nazitreffen noch nicht verhindert werden konnte, so kamen zum einen mehr Menschen als erwartet und die Demo konnte trotz der Provokationen seitens der Polizei durchgeführt werden.

Die Antifaschistische Aktion Celle und Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen werden auch in Zukunft gegen die Nazitreffen in Eschede vorgehen, um dem bedeutendsten Nazitreffpunkt in Norddeutschland ein Ende zu bereiten. Dies bedarf sicher eines langen Atems, aber die ersten Schritte sind getan. Kritisch wurde angemerkt: „In Zukunft muss dabei auch die Rolle der Polizei thematisiert werden, die in Eschede nicht nur als Schutzmacht für die Nazis auftritt, sondern zunehmend auch als politische Partei auftritt, mit dem Ziel gemeinsame Proteste gegen die Nazitreffen zu verhindern.“

Die Neofaschisten sind durch die ihnen zuteil werdende öffentliche Aufmerksamkeit einigermaßen genervt. Das zeigt sich daran, dass sie im Februar einen Flyer an Escheder Haushalte verteilten, in dem sie ihr Treiben als „Brauchtumpflege“ verharmlosten.



»Hier findet das Gedankengut seinen Nährboden ...«

[...] Meine Damen und Herren, heute findet wieder ein Treffen von Neonazis auf dem Hof Nahtz am Finckenberg, also ungestört und doch nur einen Kilometer von hier entfernt, statt. An diesem Ort fanden in den vergangenen zwei Jahrzehnten regelmäßig häufig auch größere Naziveranstaltungen statt, an denen die ganze Szene aus Norddeutschland zugegen war. Die Veranstaltungen werden organisiert und besucht von Akteuren der sogenannten freien Kameradschaften.

„Lass sie doch machen, sie tun doch keinem was, die sind doch harmlos, seit zwanzig Jahren sind die schon hier man hat das nur nicht so richtig mitbekommen. Erst seitdem die Presse dauernd etwas schreibt, ist die Aufmerksamkeit für die Neonazis, die immer wieder nach Eschede kommen, so groß geworden.“ Meine Damen und Herren, diese oder ähnliche Sätze höre ich ganz oft von meinen Bürgerinnen und Bürgern, wenn ich mit ihnen über die Treffen der Neonazis auf dem Hof des Landwirts Nahtz ins Gespräch komme. Ich höre aber auch häufig: das Maß ist jetzt wirklich voll, es reicht. Die sollen hier verschwinden. Wir wollen hier in Eschede und in der Südheide keine Nazis haben.

Mit stillschweigendem Dulden konnten diese Treffen, hauptsächlich als Sonnenwendfeiern im Juni und Dezember von den Nazis durchgeführt werden. Dabei ist zu beobachten, dass sich der Rechtsextremismus in seinem Erscheinungsbild grundlegend verjüngt hat. Während bis Mitte der 80er Jahre noch rückwärts gewandte und kriegsfixierte ältere Rechtsextremisten dominierten, hat sich seitdem eine inzwischen verfestigte rechtsextremistische Jugendszene herausgebildet. Wir konnten das selbst erleben, da anlässlich der letzten Veranstaltung auf dem Hof Nahtz im Sommer dieses Jahres ein Konzert mit rechtsextremistischer Musik und etwa 260 jugendlichen Teilnehmern statt fand. Das Erscheinungsbild der freien Kameradschaften bilden vornehmlich örtliche unstrukturierte rechtsextremistische Szenen. Über ihre Aktivitäten verbreiten die freien Kameradschaften ihre neonazistische Ideologie, die auf die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielt. Neben politischen Aktionen soll durch umfassende Angebote zur Freizeitgestaltung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit suggeriert werden. Angesprochen werden hierdurch insbesondere solche Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Mit einer anderen Erscheinungsform wurden wir in Eschede zu Pfingsten 2007 konfrontiert. Wir sind abermals in die überregionalen und nicht positiven Schlagzeilen gelangt, da auf dem Hof Nahtz ein Treffen der HDJ, der Heimattreuen Deutschen Jugend, stattfand, wo ein völkisch-germanisches

Fest gefeiert wurde. Kinder und Jugendliche werden in die rechtsextremen Strukturen eingebunden. Sie werden mit der nationalsozialistischen Ideologie vertraut und dabei in ihrem Weltbild irre geführt. Da war für uns auch das Maß in der Tat voll und wir haben als politische Vertreter reagiert. Die ersten Bemühungen der Gemeinde im letzten Jahr, das waren die gemeinsame Erklärung der Bürgermeister, das Johannisfeuer im Freibad, der Eschenschnack, in dem man sich gegen das rechtsextremistische Treiben auf dem Hof Nahtz gestellt hat. Wir haben zum Ausdruck gebracht, dass wir hier in Eschede Rechtsextremismus nicht dulden. Wir sind gegen das menschenverachtende Gedankengut, das bei den Sonnenwendfeiern verbreitet wird und auf dem Hof Nahtz seinen Nährboden hat.

Das NPD-Mitglied Joachim Nahtz bietet auf seinem Hof in Eschede die Grundlage dafür, dass sich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Rechtsextremisten weiter stärkt und sie nach dem gemeinsamen Verweilen an den Sonnenwendfeuern mit neuer Kraft ihre fehlgeleiteten Ideologien verbreiten. Die vermeintliche Zelte- und Lagerfeueratmosphäre darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich hier Menschen mit rechtsextremistischer, nationalistischer Ideologie treffen. Hier findet das Gedankengut seinen Nährboden für kriminelle Handlungen, die an anderen Orten und leider immer häufiger durchgeführt worden sind.

Das Stillhalten der Bevölkerung wird von den Rechtsextremisten als Einladung verstanden, sich immer wieder zu treffen und weitere Veranstaltungen durchzuführen.

In der Verantwortung der antifaschistischen Aktion Uelzen/Lüneburg hat heute das zweite Mal eine friedliche Demonstration gegen das Nazitreffen in Eschede stattgefunden. Dabei wurde in einer Zwischenkundgebung anlässlich des Todes von Peter Deutschmann gedacht, der 1999 von rechtsextremistischen Schlägern zu Tode gekommen ist. An den Veranstaltungen haben viele Friedensaktivisten aus der Region teilgenommen, die gekommen sind, um in friedfertiger Weise gegen das Nazitreffen zu demonstrieren.

Wir sind in Eschede für friedfertige Proteste, denn nur in friedlichen Demonstrationen kann der Wille gegen Extremismus vorzugehen, ausgedrückt werden. [...]

»Hilfsweise eine milde Strafe«

Der gezielte Angriff eines niedersächsischen NPD-Aktivisten auf einen Pressefotographen im vergangenen Jahr sorgte nun für juristische Konsequenzen. Das Amtsgericht Celle sah es als erwiesen an, dass der Angreifer im Juni 2008 bewusst auf den Fotografen zutrat, ihn bedrängte und zuletzt durch einen Ellenbogen-schlag im Gesicht verletzte. Wie der Angeklagte im Verlauf des Prozesses einräumte, wollte man verhindern, dass eine Veranstaltung von Rechtsradikalen im niedersächsischen Eschede von Medienvertretern dokumentiert werden konnte. Das in der Vergangenheit bereits mehrfach, wegen einschlägigen Gewaltdelikten verurteilte Führungsmitglied der militanten »Kameradschaft Celle 73« wurde schlussendlich zu einer Geldstrafe und vier Monaten auf Bewährung verurteilt.

Der nun vor dem Amtsgericht Celle verhandelte Vorfall ereignete sich im Verlauf eines sogenannten »Sommerfestes mit anschließender Sonnenwendfeier« am 20. und 21.06.2008. Hunderte Mitglieder der niedersächsischen NPD sowie der parteiunabhängigen »Freien Nationalisten« versammelten sich zu diesem Zweck auf dem Anwesen des langjährigen NPD Funktionärs Joachim Nahtz in der kleinen Gemeinde Eschede. Die Veranstaltungen auf dem abgelegenen Grundstück besitzen inzwischen Tradition. Bereits seit mehreren Jahrzehnten



finden hier inmitten der Lüneburger Heide die ideologisch eingefärbten Zusammenkünfte unter dem Deckmantel »völkischer Brauchtumpflege« statt. Im vorangegangenen Jahr wurde das Treiben darüber hinaus durch eine neonazistische Konzertveranstaltung am Vortag ergänzt. Ungestört von der Außenwelt konnten dort Rechtsrockbands, wie die niedersächsische Musikgruppe »Cheruser«, rechtsradikale Propaganda verbreiten.

Bewacht wurde die Veranstaltung im Juni 2008 durch einen eigens aufgestellten Ordnerdienst der Neonaziszene, der über das landwirtschaftliche Anwesen patrouillierte. Aus ihrer Gewaltbereitschaft machte die, in

blauen Hemden uniformierte Truppe, keinen Hehl. Die Parole »Saalschlacht« und »Hier kommen Sie nicht durch -- Hier machen wir sie Platt« prangte umrahmt von einem aufgedruckten Schlagring auf der Uniformbekleidung der szeneeigenen »Sicherheitskräfte«. Der Ordnerdienst rekrutierte sich dabei vorwiegend aus Mitgliedern der »Kameradschaft Celle 73«, einer militanten Neonazigruppe aus der nahe gelegenen Kreisstadt. Auch Klaus Hellmund, ehemaliger NPD Kandidat anlässlich der vorangegangenen niedersächsischen Landtagswahl und langjährige Neonaziaktivist, zuletzt im Jahr 2003 wegen schwerem Landfriedensbruch und Körperverletzung zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, gehörte zu den eingesetzten Patrouillen (siehe Foto, zweiter von links).

Als sich in den Abendstunden des 20.06.2008 zwei Pressevertreter in Begleitung der Polizei dem Anwesen näherten, versuchten Mitglieder des Ordnerdienstes diese an der Arbeit zu hindern. Während ein Teil der Neonazis die anwesenden Polizeibeamte in Gespräche verwickelten, wurde wenige Meter entfernt der wenig später verletzte Pressefotograph durch Klaus Hellmund abgedrängt und wenige Sekunden später gewaltsam attackiert.

Die Anwältin des Täters gab in dem nun am 12.02.2009 stattgefundenen Prozess vor dem Amtsgericht Celle zu bedenken, dass sie sich eine Tatbeteiligung ihres Mandanten nur schwer vorstellen könne. Der Vorfall sei in Anbetracht der eingesetzten Polizeikräfte »wahnwitzig und hirnrissig«. Einem »vernünftigen Menschen« traue die Anwältin eine solche Tat nicht zu. Angesichts der vorgebrachten Zeugenaussagen beantrage die Verteidigung später allerdings »Hilfsweise eine milde Strafe«. Die Staatsanwaltschaft forderte zuvor eine Haftstrafe welche, aufgrund des massiven Vorstrafenregisters des Angeklagten, nicht zur Bewährungsstrafe umgewandelt werden könne. Dass dennoch eine Geld- und Bewährungsstrafe verhängt wurde, begründete der zuständige Richter des Amtsgerichts Celle mit dem derzeitigen Lebenswandel des 1972 geborenen Elektromonteurs. Auch die ausdrückliche Reue und eine Entschuldigung gegenüber dem Pressefotographen wertete das Gericht strafmildernd. Von einer Abgrenzung zur Neonaziszene wollte der Angeklagte allerdings nicht sprechen. Man habe verhindern wollen, dass die Teilnehmer der Veranstaltung in Eschede dokumentiert werden konnten, und »dies werde man auch weiterhin tun«.

Text und Foto: www.recherche-nord.com

Wer nötigt hier eigentlich wen?

Mit einem Freispruch für zwei Antifas endete am 21. Januar eine Verhandlung vorm Amtsgericht, vorgeworfen worden war ihnen „Nötigung“ im Zusammenhang mit den Protesten gegen NPD-Infoständen Anfang 2008.

Im Landtagswahlkampf hatte die NPD insgesamt fünf „Informations“stände in der Innenstadt durchgeführt; die Mitglieder der Kameradschaft 73, Dennis Bührig und Klaus Hellmund, waren als NPD-Kandidaten angetreten. Bei dem Vorfall, der zur Verhandlung kam, handelte es sich nicht um den ersten Stand - mit Protest war zu rechnen. Und so kam es auch: Eine Gruppe von Antifas kam in die Stadt und zog lautstark Richtung NPD-Stand. Eine „Passantin“ fühlte sich durch den Demozug genötigt. Später stellte sich heraus, dass es sich um eine Polizistin in Zivil handelte.

Sie war dienstlich unterwegs, weil mit einer Aktion gegen den NPD-Stand gerechnet wurde; ja es war sogar ihre Aufgabe, die Situation vor Ort zu beobachten. So warfen die AnwältInnen ihr dann auch vor, nicht einfach aus dem Weg gegangen zu sein, wo doch genau das eingetreten sei, womit sie ja gerechnet hatte. In der Verhandlung wurde minutiös und millimetergenau erörtert, ob die Polizistin noch Zeit und Gelegenheit hatte, der Demo aus dem Weg zu gehen. Es wurde von der Anwältin betont, dass das Demonstrationsrecht nun mal beinhaltet, dass andere Verkehrsteilnehmer Behinderungen in Kauf nehmen müssten. Die Polizistin beharrte darauf, dass sie keine Zeit und Möglichkeit habe, aus dem Weg zu gehen.

Ein unabhängiger Zeuge, der als Paketbote zeitgleich vor Ort war, sagte aus, nach seiner Beobachtung hätte die Polizistin sehr wohl die Möglichkeit gehabt, einfach auf die Seite zu gehen. Wer die Demo nicht rechtzeitig gesehen habe, hätte wohl „Kartoffeln auf den Augen haben“ müssen - so sein Kommentar.

Interessant an der Verhandlung war, dass der Richter gleich zu Beginn fragte, ob eine Einstellung möglich wäre, der Staatsanwalt lehnte ab. Vor Vernehmung des Paketboten fragte er erneut, und wiederum lehnte der Staatsanwalt ab.

Am Ende plädierte aber der Staatsanwalt selbst auf Grund der Aussagen auf Freispruch. Die Anwältin griff dies in ihrem Plädoyer auf und bedankte sich für die Ablehnung einer Einstellung. Denn ein Freispruch ist selbstverständlich für die beiden Antifas wesentlich besser; nicht zuletzt auch deswegen, weil ihre Kosten von der Staatskasse getragen werden. Ärgerlich ist nur, dass bei anderen Antifas, gegen die ebenfalls ermittelt wor-



den war, das Verfahren vorzeitig eingestellt wurde, und ihnen die Chance auf einen Freispruch so genommen wurde. Bei den unter 18-Jährigen bleibe der Vorgang nun trotz Einstellung in den Akten, so die Anwältin - und außerdem blieben sie auf den entstandenen Kosten sitzen.

Nach der Verhandlung drängte sich den ProzessbeobachterInnen die Vermutung auf, dass die Polizei absichtsvoll die Ermittlungsverfahren provoziert hat.

Die Linke: Neonazi-Treffen verbieten!

Nach Informationen der Linksfraktion im Landtag planen Neonazis aus dem gesamten norddeutschen Raum für Juni erneut eine große Feier zur Sommersonnenwende in Eschede bei Celle. Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, hat ein Verbot dieser Veranstaltung gefordert und eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet:

1. Beabsichtigt die Landesregierung, gegen das oben genannte geplante Treffen der Neonazis mit dem Ziel, dieses zu verhindern, vorzugehen, und wenn ja, in welcher Form?

2. Auf welche Weise wird die Landesregierung die zivilgesellschaftlichen, friedlichen Proteste gegen dieses Treffen unterstützen?

3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um zu verhindern, dass sich besagtes Gelände in Eschede zu einem zentralen Schulungs- und Veranstaltungszentrum der neonazistischen Szene von bundesweiter Bedeutung entwickelt?

Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode Drucksache 16/905

Waffenfunde in Winsen

Bei zwei Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit der Neonazi-Sonnenwendfeier beschlagnahmte die Polizei in Winsen ein G3-Gewehr und eine Kleinkaliberwaffe sowie rechtsextremistisches Propagandamaterial. Zwei Männer wurden verhaftet. Einer der beiden hatte an der Wintersonnenwendfeier in Eschede teilgenommen. Hintergrund der Ermittlungen sind Aktivitäten einer Wehrsportgruppe, die von einem der beide Männer, einem 28-jährigen ehemaligen Bundeswehrosoldaten geleitet wurden. Er soll mit einer Gruppe Jugendlicher am „Kalkar“-Baggersee zwischen Wietze und Winsen im Sommer 2008 militaristische Übungen durchgeführt haben. Seit Dezember haben weder Staatsanwaltschaft noch Polizei sich erneut zu diesen Vorgängen geäußert.

Jung-Nazis als Brandstifter am KAV

Ein 16-jähriger Schüler des KAV mit Kontakten zur Neonazi-Szene war verantwortlich für die Brandstiftung und Verwüstungen im Gebäuden des KAV-Gymnasiums. Zusammen mit einem 15-jährigen Mittäter und ehemaligen Schüler hatten die beiden Scheiben am KAV I eingeschlagen und das ehemalige, von Haesler'sche „Rektorenwohnhaus“, das heute Unterrichtsräume des KAV III beherbergt, in Brand gesteckt. Vorher hatten sie dort Spiegel zerschlagen, Toilettenbecken zertreten und Wände beschmiert. In der selben Nacht hatten sie auch die Eingangstür des Hermann-Billing-Gymnasiums eingeworfen, die Scheiben beschmiert und einen Neonazi-Aufkleber hinterlassen.

Der aus Celle stammende KAV-Schüler hatte in den Tagen vor der Tat Kontakte zur Neonazi-Kameradschaft 73 und deren „Chef“ Dennis Bührig. Bei dem Tatverdächtigen stellte die Polizei auch Propagandamaterial der Kameradschaft zur Sonnenwendfeier in Eschede und zur von Bührig am 1. Mai in Hannover angemeldeten Demonstration sicher. Bei seiner Vernehmung gab der Schüler weiter zu, vorher schon einige zur Erinnerung an Nazi-Opfer ver-

legte „Stolpersteine“ mit schwarzer Farbe besprüht zu haben.

Die Celler Kameradschaftsnazis distanzieren sich ungewöhnlich fix von Tat und Täter, räumten aber ein, am Abend vor der Tat einen Gesprächskontakt mit dem 16-jährigen Täter gehabt zu haben.

Rieger und Gerhus

Der Plan des rechtsextremistischen Anwalts Jürgen Rieger, in einem leer stehenden Hotel in Faßberg ein Schulungszentrum für Neonazis einzurichten, ist offenbar endgültig gescheitert. Der Eigentümer des „Landhaus Gerhus“, Reiner Hennies, gab im Januar bekannt, nicht mehr an Rieger verkaufen zu wollen. "Wir möchten eine einvernehmliche Lösung für alle Beteiligten im Landkreis", sagte er gegenüber der CZ. Hennies ist Erbe des seit Jahren ungenutzten Hotels.

Im Oktober 2008 hatte Rieger einen Kaufvertrag über das ehemalige 80-Betten-Hotel präsentiert. Die Gemeinde Faßberg versuchte – ohne Rieger auf den Leim zu gehen –, die Pläne für ein Neonazi-Zentrum zu stoppen. Eine Bürgerinitiative („Gerdas Haus Orchester“) und die Geschlossenheit der Ratsparteien erzeugten so viel öffentlichen Druck, dass Rieger zunächst vom Kaufvertrag zurücktrat. Angesichts der insgesamt positiven Entwicklung beschloss der Gemeinderat, sein zwischenzeitlich eingetragenes Vorkaufsrecht zunächst ruhen zu lassen. Inzwischen hat sich ein potenzieller Investor gefunden, mit dem ein Konzept für die Nutzung des Gebäudes ausgearbeitet werden soll.

JN bei Nahtz

Am 21.02.2009 fand auf Hof Nahtz in Eschede erneut ein Nazitreffen statt. Anlass war die Gründung eines „Stützpunktes Lüneburger Heide“ der Jungen Nationaldemokraten. Das Treffen begann gegen 15:00 Uhr und fand in einem beheizten Zelt statt. Der hinlänglich bekannte Celler Neonazi Dennis Bührig hielt eine Rede in der er der JN die Unterstützung der hiesigen Celler Kameradschaft zusagte und auf dem kommenden Naziaufmarsch am 1. Mai



hinwies. - Den Abschluss des Treffens bildete das Absingen von Liedern am Lagerfeuer.

Die Informationen sind übrigens von den Nazis selber: die Kameradschaft 73 hat mal wieder eine neue Internetpräsenz, die mal nicht - wie bisher immer - von Klaus Hellmund sondern von Dennis Bührig angemeldet wurde.

Interessant ist, dass das Treffen an dem Tag stattfand, an dem in der Celleschen Zeitung zu lesen war, dass der Niedersächsischen Landesregierung keine Erkenntnisse vorlägen, dass Hof Nahtz zum Schulungszentrum ausgebaut würde. Hof Nahtz wäre dafür nicht geeignet. Na, für ein Gründungstreffen eines JN-Stützpunktes langt es ja gerade noch!

VS gegen Einbürgerung

Ein Verwaltungsgericht mussten eine Kurdin und ein Kurde bemühen, um im Rahmen der Einbürgerungsgesetzgebung an einen deutschen Pass zu kommen. Denn der Landkreis Celle meinte, diesen verweigern zu können. Hintergrund: Der seit 1977 in Deutschland lebende Kurde hatte eine Solidaritätsdemonstration für den in der Türkei inhaftierten, ehemaligen PKK-Vorsitzenden Öcalan organisiert. Die Kurdin hatte gar nur an einer Demonstration für die Freilassung Öcalans in Rotterdam teilgenommen. An diese „Informationen“ war der Landkreis durch den niedersächsischen Verfassungsschutz gekommen. Anhaltspunkte für eine Nähe zur PKK? Vielleicht. Strafbar? Nein. Eine „Bestrebung, die gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind“? Wohl kaum. Im Grunde genommen handelt

es sich schlicht und einfach um die Wahrnehmung eines demokratischen Rechtes – genannt Demonstrationsfreiheit. Das Verwaltungsgericht setzte dem Kurs des Landkreises immerhin eine Grenze. Sollten sich die „Erkenntnisse“ nicht erhärten, müssen beide zum 1.1.2010 eingebürgert werden. Der beim Verwaltungsgericht klagende Anwalt rügte u.a. auch die Praxis der Polizei, die ihre „Erkenntnisse“ über ein unzweifelhaft legales Verhalten der Einbürgerungswilligen an den Verfassungsschutz weitergegeben hat.

Stadtwerke kaufen

Der Antrag der Fraktion BSG/Die Linke zum Rückkauf der Stadtwerke, sprich: die Rekommunalisierung der Energiepolitik einzuleiten, hat sich in der lokalpolitisch interessierten Öffentlichkeit durchaus als diskursfähig erwiesen. Der vor zehn Jahren von OB Biermann abgewickelte Verkauf für 94 Millionen Euro gilt vielen inzwischen als politische Fehlentscheidung. Bei der Frage, wie viel ein Rückkauf den wohl kosten würde, warf Jens Rejmann von der SPD im Finanzausschuss die Summe von 300 Millionen in die Runde. So gesehen hätte die E, on seinerzeit ein Geschäft in einer Dimension gemacht, die den Wechsel von Biermann auf einen Beraterjob des Energieriesens in einem noch finsternen Licht erscheinen lässt.



Es kriselt gewaltig

Als Erstes erwischte es den Automobilzulieferer Stankiewicz (Adelheidsdorf). Ende 2008 stellte die Geschäftsführung einen Insolvenzantrag, nachdem eine Einigung mit Kunden, Banken und Lieferanten über ein geeignetes Sanierungskonzept nicht erzielt werden konnte. Die Beschäftigten wurden in Kurzarbeit geschickt. Der vorläufige Insolvenzverwalter Christopher Seagon sieht zwar Chancen, die Unternehmenseinheit an einen Investor verkau-

fen zu können – dass alle rund 600 Arbeitsplätze dabei erhalten bleiben, erscheint eher unwahrscheinlich.

Bei Baker Hughes werden die Verträge von rund 100 Zeitarbeitern nicht verlängert. Das verkündete der Celler Erdöl-Zulieferer Mitte Februar. Grund sei der gefallene Ölpreis, der zu einer weltweiten Reduzierung der Zahl der Bohr-anlagengeführt habe.

Bei der Firma Haacke-Haus sollen 45 von 280 Mitarbeitern auf die Straße gesetzt werden. „Kapazitätsanpassung“ nennt das die Geschäftsführung. Die Bereiche Planung und Konstruktion werden nach Potsdam verlagert, in Celle verblieben Montage und Betrieb

Da muss ich hin!

Im Rahmen einer „Markenpositionierung“ beschloss der Stadtrat ein „Konzept“, in dessen Mittelpunkt ein neues Logo und ein neuer Slogan steht. Das alte, eher belanglose Residenzstadt-Logo, sprich: stilisiertes Schloss, steht jetzt im Zentrum einer „dynamischen“ schwarz-rot-goldenen Strich-„Route“. Und das Ganze soll uns sagen: „Da muss ich hin!“ Und damit man das versteht, steht das dann auch da. In Abwandlung einer Phrase des zuletzt so viel zitierten Altkanzlers Schmidt, könnte man kommentieren: „Wer muss, soll zum Klo gehen.“ Aber irgendwie ist's fast schon witzig, wie sich die „deutschen Nationalfarben“ mit sprachlichem Ungeschick verbinden. Eigentlich will man den Touristen ja nur die Meinung aufschwätzen: „Ich WILL unbedingt da hin.“ Um das aber noch zu steigern, bedient man sich des Wortes „müssen“. Das nun ist jenseits der feldbuschisierten Werbesprache pathisch konnotiert, oder anders: beschreibt etwas Zwanghaftes. Langsam verfestigt sich deshalb in unserer kleinen Redaktion die Meinung: Die Mehrheit der Celler Kommunalpolitiker gehört auf die Couch. Und im Ernst: Residenzstadt? War mal vor 300 Jahren, und wenn auch nicht der Verlust dieses Status, so ist doch dessen Unwiederbringlichkeit eine immerhin demokratische Errungenschaft. Und heute die schnuckelige Provinz? Hier kann man ja gern leben mögen - muss man aber nicht, auch wenn man muss.

„3.“ beim Sanktionieren

Im August 2008 waren in Celle 462 Langzeiterwerblose sanktioniert; mit diesen 3,9 Prozent belegt Celle unter den niedersächsischen Agenturen den 3. Platz.

1.	Hildesheim	4,1
	Uelzen	4,1
3.	Celle	3,9
	Holzminden	3,9
	Delmenhorst	3,9
	Deutschland	2,6
	Niedersachsen	2,6
42.	Aurich	1,8
	Benthem	1,8
44.	Region Hannover	1,6
	Emden, Stadt	1,6
46.	Verden	1,4

Theater ums Schloss

Am Ende blieb es nicht beim „trockenen Abgang“ (CZ) des Oberbürgermeisters, sondern fast wäre er teuer geworden: Von zwei Millionen Euro war die Rede, die Stadt zur Sanierung des Schlosses würde zuschießen wollen. Und obwohl Martin Biermann jegliche Schuld von sich weist; von einem „gut bestellten Haus“ kann man angesichts des Finanzierungsdebakels nicht sprechen. - Die 1. Stadträtin Susanne Schmitt jedenfalls hatte einige Mühe, die „Missverständnissen und Fehlinterpretationen“ zwischen Stadt und Landesregierung vom Tisch zu bekommen. Ihr Anteil daran blieb in der Diskussion im Vagen. Am Ende fand man dann doch schnell eine Lösung – Frau Schmitt befand sich mitten im OB-Wahlkampf: es blieb bei den 1,2 Millionen, die bereits im Haushalt der Stadt standen. Der Landkreis stopfte mit einer verbindlichen Zusage über die verbleibenden 800.000 Euro eine verbleibende Finanzierungslücke.

Ein Problem bleibt: Angesichts des gezeigten Dilettantismus ist fraglich, ob der für Mai 2010 angesetzte Baudermin eingehalten werden kann. Und wenn die Mittel des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) nicht im Bewilligungszeitraum verbaut werden und eine Abrechnung bis Ende 2013 erfolgt, wäre diese Mittelzusage in Frage gestellt.

Nachrichten im Rückblick

Watch the birdie!

Das braucht man dem Landtagsabgeordneten Thomas Adasch nicht sagen. In 3 von 4 Fällen schaut er, egal bei welchem Ereignis nicht auf den Redner oder die Präsentation, sondern direkt dem Fotografen in die Linse. Mal drauf achten! Aber bitte nicht weitersagen. Wäre doch zu Schade, wenn der Politiker sich mal auf das Geschehen konzentriert. So richtet er vielleicht weniger Schaden an.

Fragebogen zur KGS

Mit einem Fragebogen an Eltern der Schulkinder der Klassen 1-3 sowie jene, deren Kinder zum Schuljahr 2009/10 eingeschult werden, will der Landkreis ermitteln, ob und an welchem Standort ein Bedürfnis nach der Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule besteht. Zur Auswahl stehen Celle, Bergen, Winsen und Wathlingen. Die Bündnisgrünen kritisierten im Schulausschuss die Bevormundung der Eltern, weil die Option einer Integrierten Gesamtschule nicht in den Fragebogen aufgenommen wird. Die SPD sieht in dem Informationsblatt, das den Eltern an die Hand gegeben wird, eine unzulässige Beeinflussung: die Argumentation zielt darauf ab, dass eine KGS andere Schulen in ihrem Bestand gefährde. Auch Bergens Bürgermeister Rainer Prokop reagierte heftig auf diese „Informationspolitik“: Die Existenz des Hermannsburger Gymnasiums sei durch eine KGS in Bergen nicht bedroht, sondern im Gegenteil eine Chance zur Kooperation. - Die Befragung soll am 25. März abgeschlossen sein. Obwohl sich insbesondere Bergen und Winsen um die Etablierung einer KGS bemühen, gilt durch das gewählte Verfahren Celle als Favorit – und hier das Hölty-Gymnasium. Denn selbst bei festgestelltem Bedarf soll scheinbar nur an einem Standort eine KGS eingerichtet werden. – Die Bündnisgrünen in

der Stadt haben beantragt, dass in der Stadt eine Befragung durchgeführt wird, die auch das Modell einer Integrierten Gesamtschule (IGS) umfasst. Die Verwaltungsspitze aber blockiert dies, indem erst nach der Landkreisbefragung darüber beraten werden soll.

Uni-Träumerei

Mal wieder träumt man in Celle von einer Uni – naja eigentlich nicht richtig von einer Uni, sondern vom einem „Masterstudiengang Geothermalenergie“. Angebunden wäre dieser an die Niedersächsische Technische Hochschule (NTH), jenem eher kuriosen Zusammenschluss der drei Universitäten Hannover, Braunschweig und Clausthal. Ankoppeln will man sich dabei an ein Kooperationsprojekt zwischen Baker Hughes und den Unis; Zweck: Die Erforschung von Konzepten zur wirtschaftlichen Entwicklung geothermischer Energiegewinnung in tiefen geologischen Schichten.

Gedo

Ein Signal gegen das Stillstandsgerede und ein bisschen Wahlkampfhilfe für ihre Kandidatin wollte die CDU/FDP mit einer positiven Grundsatzklärung zum GEDO-Center geben. So richtig geklappt hat's wieder nicht. Weil: Sie schafft das Problem nicht aus der Welt: Eine Einkaufsgalerie ohne Ankermieter wie H&M oder Media-Markt kann in Celle nicht funktionieren, da nur so die zusätzlichen Käuferströme kämen, von denen auch der Rest zu profitieren hofft. Ohne dürfte es nur Verlagerungen geben, d.h.: Leerstände an anderen Orten. Das kritisierten SPD und Bündnisgrüne. Und auch der „Arbeitskreis Bürger in Celle“ (ABC), der sich gegen die Verkehrsöffnung der Schuhstraße gegründet hatte, schaltete sich in die Debatte ein: Auch er befürchtet, dass das Gedo Konzept nicht aufgeht

und der Center-Betreiber zudem sogar mit Tricksereien noch die vom Rat genehmigte Verkaufsfläche erheblich erhöhen könnte.

Konjunkturpaket II

Aus dem so genannten Konjunkturpaket II können die Kommunen des Landkreises Celle 11,4 Millionen Euro abrufen. 65 % der Mittel sollen in Schulen, Krippen und Weiterbildungseinrichtungen fließen, vor allem zur energetischen Sanierung. Der Eigenanteil der Kommunen an den von ihnen umzusetzenden Maßnahmen variiert zwischen 5 % (Faßberg) und 25 % (SG Wathlingen). Der Landkreis Celle selbst, der mit 7,1 Millionen Euro partizipiert muss mit 22 % Eigenmitteln aufstocken. Die Hälfte der Mittel soll bereits im Jahr 2009 ausgegeben werden.



KURSBAROMETER

Bekanntlich verfügt die Stadt Celle durch den Verkauf der Stadtwerke über ein nicht unbeachtliches Aktienvermögen, das u.a. die an der Börse gehandelte e.on-Aktie enthält – und zwar 2.792.697. Mit unten stehendem Kursbarometer werden wir in jeder der kommenden Ausgabe aufs Neue zeigen, wie viel Kohle die Stadt auf der hohen Kante hat – und was deshalb ihre Knauserigkeit an der einen oder anderen Stelle bedeutet. Und wir zeigen damit, wie viel Geld Verwaltung und Rat seit dem 10.1.2008 (dem Allzeithoch der Aktie) verzockt haben.

Die e.on-Aktien der Stadt Celle – das „revista“-Kursbarometer am 19.02.2009:

Allzeithoch:	51,34 EUR (10.01.2008)	Höchstwert:	143.377.063,98 EUR
Tageshoch:	22,92 EUR (19.02.2009)	Aktueller Wert:	64.008.615,24 EUR
Verlust:	28,42 EUR	Verlust:	79.368.448,74 EUR

Der Gorleben-Treck 1979 kommt durch Hermannsburg und Celle

„Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feyndt wird“

Es war die bis dahin teilnehmerstärkste Demonstration gegen ein Projekt der Regierung(en) in der Geschichte der Bundesrepublik. Weit über 100.000 Menschen versammelten sich am 31. März 1979 zum Ende des „Gorleben-Trecks“ in Hannover. Wer dabei war, erinnert sich an den permanenten Nieselregen genauso wie an die schier endlose „Parade“ der Traktoren aus dem Wendland. Der hannoversche Klagesmarkt reichte nicht aus, um die dicht gedrängte Menge aufzunehmen, als der Landwirt Heinrich Pothmer von der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ seine Rede mit den Worten „Mein lieber Herr Albrecht ...“ einleitete. Den so angesprochenen niedersächsischen Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) schien dieser Protest aus dem ländlichen Raum beeindruckt zu haben, denn: Am 16. Mai 1979 wurde das Projekt einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Gorleben begraben. Es sei „politisch nicht durchsetzbar“. Am atomaren Endlager aber hielten Landes- und Bundesregierung fest, was den Regierungen bis heute ein unruhiges Hinterland beschert.



Am Landkreis Celle war der atomare Kelch zuvor gleich zweimal vorbeigegangen. Noch unter dem Kanzler Willy Brandt hatte das Forschungsministerium 1973 die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs Gesellschaft (KEWA) damit beauftragt, Standorte für ein so genanntes „Nukleares Entsorgungszentrum“ auszuweisen. Umfassen sollte dieses Anlagen zur Wiederaufbereitung und Konditionierung radioaktiver Abfälle und ein Endlager. In einer Studie der KEWA waren neben den Salzstöcken Lichtenmoor (bei Nienburg) und Wahn/Hümmeling (bei Papenburg) auch der von Weesen-Lutterlohn im Landkreis Celle in die engste Wahl gekommen. Vor Ort entstanden jeweils starke Bürgerinitiativen – in Celle u.a. die BI Südheide Hermannsburg –, so dass die geolo-

gischen Erkundungsarbeiten wegen des Protests abgebrochen wurden.

Die Niedersächsische Landesregierung beauftragte daraufhin einen Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) mit der Standortsuche. Insgesamt wurde 140 Salzstöcke in das Auswahlverfahren einbezogen. Am Ende blieben: die schon einmal benannten Salzstöcke Wahn und Lichtenmoor, neu in die engere Auswahl waren gekommen: Gorleben und der Salzstock „Mariagluck“ in Höfer. Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht benannte am 22. Februar 1977 dann Gorleben an der Grenze zur damaligen DDR. Dabei gaben weniger „fachliche“ Argumente den Ausschlag, als vielmehr – wie der ehemalige Vizepräsident des Landesamtes für Bodenforschung, Gerd Lüttig, später behauptete – der Wunsch Albrechts, „die Ostzonalen mal richtig zu ärgern“. Der Westwind hätte die radioaktiven Substanzen aus dem 200 Meter hohen Schornstein der WAA zumeist auf die andere Seite der Elbe verfrachtet. – Die vielleicht auch vorhandene Hoffnung, die Wendländische Bevölkerung würde sich weniger widerspenstig verhalten als jene an den anderen Standorten, ging nicht auf.

Im Frühjahr 1979 sollten in Gorleben die Flachbohrungen beginnen. Auf einer Konferenz in Braunschweig wurde auf Vorschlag der wendländischen Bauern beschlossen, parallel zum von der Landesregierung organisierten „Gorleben-Hearing“ einen Protest-Treck von Gorleben nach Hannover zu organisieren.

Am 14. März rückten dann mobile Bohrtrupps der „Celler Brunnenbau GmbH“ in den frühen Morgenstunden aus, um im Forst zwischen Trebel und Gartow, südlich von Gorleben, an zunächst zwei Stellen bis zu einer Tiefe von 95 Metern bodenmechanische Kernwerte zu ermitteln. – „Bohrbeginn = Baubeginn“ – unter dieser Überschrift rief die Celler Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren zur Teilnahme an einer Demonstration in Gorleben auf:

„AM 14. MÄRZ WURDE MIT DEN BOHRARBEITEN FÜR DIE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE UND ATOMMÜLLDEPONIE IN GORLEBEN BEGONNEN. Diese Wiederaufbereitungsanlage ist das Herzstück der Atomindustrie. Sie muß gebaut werden, um den Betrieb der fertiggestellten und geplanten Atomkraftwerke zu gewährleisten. Schon heute muß der Atommüll in der Asse bei Braunschweig zwischengelagert werden. Da diese Anlage gebaut werden muß, ist ihre Sicherheit für die



Betreiber von untergeordneter Bedeutung. Der Bau dieser Anlage soll gewaltsam gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. [...] Mit den Bohrungen beginnt der Bau einer gefährlichen Anlage! Da können wir nicht tatenlos zusehen! Macht am Samstag alle den Autokonvoi nach Gorleben mit. Denn: Vorbeugen ist besser als Bohren!“ 2000 AKW-GegnerInnen protestierten auf dem Bohrgelände.

Am 25. März 79 startete dann der legendäre "Gorleben-Treck" in Gedelitz:

"Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg haben uns entschlossen, einen Protest-Treck nach Hannover durchzuführen, weil wir es nicht hinnehmen, daß unser Landkreis durch die Errichtung einer Atomfabrik zerstört werden soll. Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg sind empört darüber, daß die Betreiberfirma mit Billigung der Landes- und Bundesregierung mitten in einem Naturschutzgebiet gegen den Willen der Bevölkerung mit den Baugrunduntersuchungen begonnen hat. Baugrunduntersuchungen sind Baubeginn.

Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg haben in den letzten Monaten - aber ganz besonders seit Beginn der Baugrunduntersuchungen - einen Polizei- und Bundesgrenzschutzeinsatz in geradezu gigantischen Ausmaßen erlebt. Indem der Staat das unrechtmäßige Vorgehen der Betreiber schützt, begeht er selber Unrecht.

Seit Monaten müssen wir uns entwürdigende Paß-



kontrollen, Bespitzelungen und Überwachungen gefallen lassen. Auf Kosten der Steuerzahler wird hier im Kreis auf allen Ebenen ein Staat im Staate installiert und finanziert, der die Bevölkerung einschüchtert und gefügig machen soll.

Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg fordern daher:

- 1. Abzug aller Bohrfahrzeuge und Einstellung der Baugrunduntersuchungen.*
- 2. Kein schleichender Baubeginn, d.h. keine weiteren bauvorbereitenden Maßnahmen.*
- 3. Abzug der Kriminalpolizei, der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes.*
- 4. Keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern im Landkreis Lüchow-Dannenberg und anderswo.*

Wir erwarten von Herrn Dr. Albrecht, daß er mit einer großen Anzahl von Lüchow-Dannenbergern diese Forderungen am 31.3.79 in Hannover erörtert.

Die Bevölkerung des Kreises Lüchow-Dannenberg, im März 79."

Schon am Abend des ersten Trecktages in Lüchow wurden die Erwartungen übertroffen: Rund 5000 Menschen, d.h. 10 % der Landkreisbevölkerung, trafen sich zur abendlichen Kundgebung, eingerahmt von 380 Traktoren. Selbstverständlich wurden es auf den nächsten Treckstationen nach Waddewitz, Hösseringen und Uelzen weniger – es war schließlich eine normale Arbeitswoche und die Bauern mussten ihre Frühjahrsbestellung ausbringen.

Am Mittwoch, den 29. März, traf der Treck in Hermannsburg ein, wo sich rund 1000 Menschen zu einer Solidaritätskundgebung auf dem Marktplatz versammelt hatten:

„Hermannsburger BI-Mitglieder und Sympathisierende hatten bereits um 17 Uhr den Treck, dessen Route über Unterlüß führte, im Ortsteil Misselhorn empfangen und ihn durch das Spalier der Zuschauer und Anwohner durch die Straßen Hermannsburgs geleitet. Die überwiegend jüngeren Menschen waren oft erst unterwegs auf den Treck gestoßen, um, wie gesagt wurde, stellvertretend für die Bauern im Kreis Lüchow-Dannenberg, die ja an ihrer Arbeit bleiben mußten, nach Hannover zu marschieren. Im Namen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und der Treckleitung bedankte sich Frau Fritzen und Herr Mombauer für die bekundete Anteilnahme und die Aufnahme in den Quartieren. Sie erwähnten auch die großartige Gemeinschaft der Treck-Teilnehmer, die sich in dem gemeinsamen Anliegen schnell zusammengefunden hätten. [...] Die Veranstaltung wurde untermalt von den munteren Klängen der Bavener Blaskapelle, die die Treck-Teilnehmer am liebsten nach Celle mitgenommen hätten.“ (CZ, 31.03.1979)

Unter den Treckern entspann sich in Hermannsburg eine Diskussion darüber, ob es nicht sinnvoll sei, am

nächsten Tag von der geplanten Strecke abzuweichen und einen Umweg über die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Bergen-Belsen zu machen. Da sich dies nicht mehr kurzfristig organisieren ließ, wurde beschlossen, wenigstens eine Abordnung nach Bergen-Belsen zu schicken. In Anwesenheit der Presse wurde folgende Erklärung verlesen: „Der Anti-AKW-Treck nach Hannover gedenkt der Opfer des Nazi-Regimes. Unser Kampf gegen den Atomstaat ist auch ein Kampf gegen das Wiederaufleben des Faschismus.“ (Vgl. Kommunistischer Bund (Hg.): „100000 in Hannover“, Hamburg, April 1979, S. 31)

Der Rest der Trecker reagierte auf dem Weg von Hermannsburg nach Celle auf einen bekannt gewordenen Skandal: Niedersachsens Justizminister Hans-Dieter Schwind hatte in der JVA Salinenmoor vorsorglich Platz für Demonstranten geschaffen, indem 100 Häftlinge verlegt worden waren. 80 Gefängniszellen standen jetzt für AKW-GegnerInnen bereit. In einer von der Begleitpolizei mehr oder minder geduldeten Aktion pflanzten sie einen Baum vor der Gefängnismauer. Beim Einzug des Trecks in Celle marschierten gegen Abend dann etwa 80 der Trecker mit gefesselten Händen mit.“ (Vgl. Kommunistischer Bund (Hg.): „100000 in Hannover“, Hamburg, April 1979, S. 31)

Die Celler BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren hatte den nächsten Zwischenstopp vorzubereiten. Einzelnen Mitgliedern war es im Vorfeld im übrigen gelungen, durch die Kreisversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Celle eine unterstützende Resolution zu bekommen:

„Die Kreisversammlung unterstützt den Kampf der Bauern und der Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg gegen die Wiederaufbereitungsanlage und die geplante Endlagerung in Gorleben mit friedlichen Mitteln. Sie unterstützt ebenso die beschlossene Treckerdemonstration von Gorleben nach Hannover in der Zeit vom 26. März bis 31. März 1979, die am 29. März durch Celle führt und die am gleich Tag stattfindende Kundgebung. Weil uns das alle angeht, fordern wir von der Landes- und Bundesregierung: Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo und keine Einschränkung der durch das Grundge-



setz garantierten Organisations- und Demonstrationsfreiheit.“ (Dokumentiert im BI-Flugblatt: „Unterstützt den Treck der Gorlebener Bauern gegen die Wiederaufbereitungsanlage“)

Für die Ankunft der Treck-MarschiererInnen war zunächst eine Kundgebung auf dem Großen Plan und dann eine Abendveranstaltung im Altenceller „Allerkrug“ geplant. Mit einem Flugblatt „Treck der Gorlebener Bauern gegen die Wiederaufbereitungsanlage“ rief die BI zu einer Kundgebung in Celle auf dem Großen Plan auf:

„Am 25. März werden Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg in einem Treck nach Hannover aufbrechen, um der Landesregierung ihr NEIN zur Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie zu demonstrieren, weil die Wiederaufbereitungsanlage schon im Normalbetrieb ein Vielfaches an radioaktiver Strahlung an die Umwelt abgeben wird wie ein Atomkraftwerk. Sie sagen NEIN zur Wiederaufbereitungsanlage, weil sie keinen Atomstaat wollen, der schon heute ihren Landkreis mit Polizei und Bundesgrenzschutz besetzt [...] und ihre Existenz mit Schadensersatzklagen ruiniert, weil sie gegen Atomanlagen demonstriert haben. [...] An diesem NEIN kann auch das Wissenschaftler-Hearing nichts ändern, das die Landesregierung auf Druck der Bürgerinitiativen auf dem Hannoverischen Messegelände veranstaltet. Wenn sie das Hearing jetzt zur Farce zu machen versucht, indem sie faktisch die Öffentlichkeit ausschließt und kritischen Wissenschaftler die Teilnahme verwehrt, weil sie die vollständige Veröffentlichung der Gutachten gefordert haben, dann bestärkt uns das in unserem NEIN.“

Die Landesregierung hat ihre Entscheidung längst getroffen: am 14.3. hat die Celler Brunnenbau GmbH (Wathlingen) mit Flachbohrungen begonnen. Bohrbeginn ist Baubeginn. Mit dem Beginn der Flachbohrungen durch die Celler Brunnenbau GmbH hat sich die Landesregierung endgültig und für jeden offensichtlich für Gorleben als Standort der Wiederaufarbeitung entschieden. [...]“

Und weiter hieß es in dem Flugblatt: „Übrigens: Die Treckteilnehmer werden in Celle übernachten. Da uns die Stadt Celle leider keine Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt hat, werden wir die Gorlebener Bauern und die mit ihnen marschierenden AKW-Gegner aus-

schließlich privat unterbringen müssen. Wir bitten deshalb jeden, der Schlafplätze zur Verfügung stellen kann, uns dies unter folgender Telefonnummer mitzuteilen“.

Die Städte und Gemeinden, in denen der Zug nächtliche Ruhepausen einlegt, hatten es durchweg abgelehnt, Schulen oder Turnhallen als Quartiere zur Verfügung zu stellen. In Celle wurden dem Treck sogar unverschämte Auflagen erteilt; nicht nur wurden bestimmte Straßen zur Benutzung vorgeschrieben, sondern „vor Betreten der Stadt“ wurde „Entwaffnung“ angeordnet. Man befürchtete, die Bauern könnten mit „Mistgabeln und Sensen [...], Jauche und Dung“ Unheil anrichten. Ebenso wurden „Tarnmittel“ (z.B. das Anmalen der Gesichter) verboten. (Vgl. HAZ, 28.03.1979)

In Celle versammelten sich am späten Nachmittag rund 600 Menschen auf dem Großen Plan. Die Celle-sche Zeitung war etwas verblüfft, dass nur vier Traktoren dabei waren – und beschränkte ihr Berichterstattung auf wenige Zeilen:

„In Celle versammelten sich gestern abend ungefähr 600 Personen auf dem Großen Plan zu einer Kundgebung, die bei den Einwohnern offensichtlich wenig Aufmerksamkeit fand. Die noch recht jugendlich aussehenden Demonstranten blieben weitgehend unter sich. Nach Angaben eines Celler Polizeiführers waren es zu einem großen Teil junge Leute aus den Großstädten Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig, vereinzelt auch um welche aus Süddeutschland. Obwohl ein Polizeiaufgebot zum Schütze der Kundgebung zur Stelle war, gelang es unerkannt gebliebenen Tätern, an einer beträchtlichen Anzahl abgestellter Demonstrantenfahrräder die Reifen zu zerstechen.“ (CZ, 30.3.1979)

Hauptattraktion der Abendveranstaltung war sicherlich Walter Mossmann, ein politischer Liedermacher, der aus Freiburg stammend schon den dortigen Widerstand gegen das AKW Whyll begleitet hatte und mit dem „Lied vom Lebensvogel“ den wohl besten Song zu Gorleben geschrieben hatte. Als brisanter sollte sich die Information erweisen, die am Abend die Runde machte: Im AKW Three Mile Island im US-amerikanischen Harrisburg hatte es einen Unfall gegeben.

Dieser Unfall begann am 28. März 1979 mit dem Ausfall von zwei Speisewasserpumpen, wodurch die Ge-



fahr einer Kernschmelze ("Super-GAU") entstand. Am 30. März wurde die Bevölkerung im Umkreis zunächst über Radio zur Evakuierung aufgefordert, dies aber 2 Stunden später wieder rückgängig gemacht. Lediglich schwangere Frauen und Kinder unter sechs Jahren sollten aus einem Umkreis von 15 km evakuiert werden. Es kam zu einem absoluten Chaos, bei dem mehr als 100.000 Menschen aus der Umgebung des AKW flohen.. Erst eine Woche später, am 4. April 1979, konnte Entwarnung gegeben werden. Harrisburg war knapp an einem GAU vorbeigeschrammt. – Und auch wenn die deutsche Presse die Havarie herunterspielte, das Wort „Evakuierung“ zierte eine Karte in den ARD-Tagesthemen des 30. März. (Vgl. <http://de.youtube.com/watch?v=DGUnbsPrXZQ>) Für viele AKW-GegnerInnen war dies sicher ein letzter Anstoß, sich am Folgetag nach Hannover aufzumachen.

„Albrecht von der Leine, an der Leine, in die Leine – aber nicht alleine. Schmidt muss mit!“ Das war nur einer der vielen, vielen Sprechchöre in der an keinem Punkt übersehbaren Demonstration durch Hannover. Und nicht nur die TeilnehmerInnen hatten Spruchbänder mitgebracht, über manche Straßen waren Transparente gespannt. Trotz des Nieselregens registrierte man staunend, nicht mehr nur Teil einer radikalen Minderheit zu sein.

Von der Kundgebung dürfte den meisten Heinrich Pothmer, ein damals junger Landwirt aus dem wendländischen Teichlosen, im Gedächtnis geblieben sein, der jeden seiner Sätze mit der Anrede begann: „Mein lieber Herr Albrecht ...“ – und der mit den Sätzen endete: „Wi wult dien Schiet nich hebben. Nicht für uns und auch nicht anderswo. Niemals!“

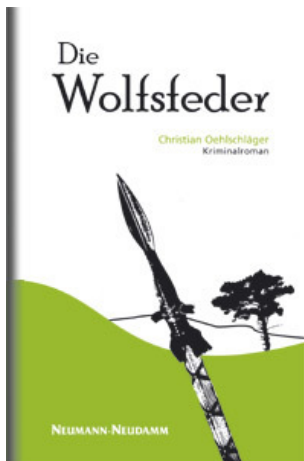
Harrisburg stand wie ein Menetekel über der Demonstration und beherrschte auch die Schlagzeilen am darauffolgenden Montag. In der CZ kommentierte Walther Zuzan: „Wie oft haben sie im Brustton der Überzeugung beteuert, bei Leichtwasserreaktoren könne >nach menschlichem Ermessen< überhaupt nichts passieren. Und was sagen sie nun?“ (CZ, 2.4.1979)

Wenige Wochen danach gab Ernst Albrecht am 16. Mai 1979 eine Regierungserklärung ab. Obwohl die geplante Wiederaufbereitungsanlage sicherheitstechnisch realisierbar sei, empfehle er der Bunderregierung, das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Eine WAA sei „derzeit politisch nicht durchsetzbar“. Aber Landes- und Bundesregierung hielten fest an der Langzeitzwischenlagerung und den Plänen zur Endlagerung im Gorlebener Salzstock. Der Protest ist geblieben – seit nunmehr 30 Jahren.

Am Pfingstsonntag, den 31.05.09, wird um 15 Uhr, im Rahmen der Kulturellen Landpartie der Film über den Treck im Gasthaus Wiese in Gedelitz gezeigt.

Fotos: Torsten Schoepe (<http://www.wendland-archiv.de>), Celler Markt, 4.4.1979; Hinrich Schultze

Ein Jagdkrimi aus dem Celler Land



Auch mit seinem dritten Krimi bewegt sich der hauptberufliche Förster Christian Oehlschläger als Autor in dem ihm bestens bekannten Milieu der Jägerei – und auch diesmal liegt der Tatort im Landkreis Celle. In der Nähe von Eschede wird während einer Jagd eine grausige Entdeckung gemacht. Wo die Jagdgesellschaft die erlegten Stücke Wild aufreihen will, liegt – kunstvoll mit Fichtenzweigen zugedeckt – die Leiche einer jungen Frau. Bei der Toten handelt es sich um ein Au-Pair-Mädchen aus der Dominikanischen Republik, das im Haushalt eines der Jäger beschäftigt war und das in Eschede eigentlich jeder kannte. Die Ermittlungen werden vom Celler Kriminalhauptkommissar Robert Mendelski geleitet, der auf eine Vielzahl verwirrender Spuren stößt.

Man muss kein Jagd-Liebhaber sein bei Oehlschläger. Die Skepsis am jagdlichen Vergnügen hat der Autor in seiner weiblichen Hauptfigur verankert. Gemeinsam mit Maïke Schur, der jungen Kollegin des Chefermittlers, darf man hier und da die Augen verdrehen, ob mancher Bräuche der Grünröcke. Aber neben den Einblicken ins Waidwerk gelingen dem schreibenden Förster eben auch Impressionen von Fauna und Flora. Und selbst dass die Jagdgesellschaft beileibe keine klassenlose ist, bleibt bei ihm kein Geheimnis. Doch psychologische oder soziale Studien stehen für Oehlschläger nicht im Mittelpunkt. Am Ende versammelt er alle möglichen Verdächtigen in klassischer Manier des alten britischen Krimis am Tatort, um sie mit ihren kleinen Lügen und Eitelkeiten unter Druck zu setzen und mit einem Trick den Täter zu entlarven.

Fazit: Ein runder Krimi mit einer spannenden Story und Einblicken in die wundersame Welt der Waidmänner. In der ersten Liga spielt er sicher nicht. Dazu fehlt dem Personal, sowohl auf Seiten der Ermittler wie der Tatverdächtigen eine gewisse Tiefe der Charakterisierung. Oehlschläger macht das, was er kann: Einen Kommissar mit kleinen Macken in der dem Autor bekannten „Welt“ der Jägerei einen verzwickten Fall mit etlichen falschen Fährten lösen zu lassen. Bei ihm sieht man sich nicht vor psychopathologischen Abgründen, sondern bewegt sich im Rahmen dessen, was sich mit dem Strafgesetzbuch problemlos erfassen lässt. Wer also

gelegentlich mal einen 20 Uhr-Krimi im ZDF unterhaltsam findet, wird gut bedient. Wer sich beim Krimilesen gern gruselt oder auch Milieustudien oder Gesellschaftskritik erwartet, sollte die Finger von dem Buch lassen.

Der Autor hat übrigens eine eigene website www.christian-oehlschlaeger.de, auf der sich neben Hinweisen zu den anderen beiden Krimis auch Fotos und Skizzen zur Topografie seiner Romane finden.

Ein Interview mit dem schreibenden Förster findet sich unter http://dbj-2007.jaegerschaft-burgdorf.de/html/christian_oehlschlaeger.html.

Christian Oehlschläger: Die Wolfsfeder. Kriminalroman. Melsungen (Neumann-Neudamm) 2008. 278 Seiten. ISBN 978-3-7888-1194-5. 14,95 Euro.

Aktionswoche gegen Rechtstextremismus in der CD-Kaserne vom 10. – 19 März 2009

Der Niedersächsische Verfassungsschutz präsentiert seine aktualisierte Wanderausstellung zum Thema Rechtstextremismus. Wie bereits vor zwei Jahren wird es auch diesmal davon unabhängig eigene Präsentationen von Celler AkteurInnen geben. Der Fachdienst Jugendarbeit der Stadt Celle, die CD-Kaserne, die Berufsbildenden Schulen I sowie das Forum gegen Gewalt und Rechtstextremismus haben jeweils eigenständige Ideen umgesetzt.

Die CD-Kaserne ist z.B. Veranstalterin von Vorträgen und Filmen, der Fachdienst Jugendarbeit ermöglicht ein Gespräch mit einem Aussteiger und anderes mehr (sh. Termine).

Das Forum gegen Gewalt und Rechtstextremismus hat eine auf Celle bezogene eigene Ausstellung zusammengestellt, die im Foyer der CD-Kaserne gezeigt wird. Daneben wird es auch noch was zum mitmachen geben – lasst Euch überraschen! Für das Forum war es von entscheidender Bedeutung, dass zu der Ausstellung Jugendliche ab der 8. Klasse in die CD-Kaserne kommen werden und so die Möglichkeit besteht, diese anzusprechen. Außerdem ist es den Forums-Aktiven wichtig, deutlich zu machen, dass sich die extreme Rechte auch hier in Celle, Stadt und Landkreis, tummelt und sie wollen die Aufmerksamkeit darauf lenken.

Unter <http://www.cd-kaserne.de/index.php?id=243> kann das Programm eingesehen werden.

Risse im Putz

Als ich neulich in der Buchabteilung des EDEKA zwei „populäre“ Bändchen zur Krise durchgeblättert habe, war ich überrascht, in beiden eine knappe Vorstellung des Modells eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) zu finden. Sicher: Seit der Drogerie-Boss Götz Werner dafür wirbt, fand die Idee auch Eingang in auflagenstarke Blätter und die eine oder andere Talk-Show. Nur in der Krisendiskussion hätte ich gedacht, dass alles auf das beliebte Credo „Mehr arbeiten für weniger Lohn“ hinauslaufen würde.

Vorgestellt werden sollen aber zwei Bücher, die man nicht in den Bestsellerregalen finden wird.

Der Hamburger VSA-Verlag hat die überarbeiteten Beiträge eines Workshops vom Sommer vergangenen Jahres in dem Band „Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit“ zusammengefasst. Ziel der Veranstaltung des „Forum Neue Politik der Arbeit“ war, mit der Tagung eine qualifizierte Diskussion über das BGE in den Gewerkschaften anzustoßen.

Was die insgesamt 18 Beiträge des Bandes interessant macht, sind die sehr kontroverse Positionen. Die Befürworter wie etwa Claus Offe oder Hartmut Neuendorff sehen im BGE die Chance einer selbst gestalteten Lebensführung, da mit ihm eben nicht mehr jede Arbeit angenommen werden müsste. Es entschärfe das Verteilungsproblem und mache die repressive Erwerbslosen-Verwaltung überflüssig. Der Mensch als Bürger und nicht als Arbeitnehmer stünde im Mittelpunkt einer derartigen Reforminitiative. – Und genau das macht für die Gewerkschaften das Problem. Autoren wie Gerd Peter und Karl Georg Zinn plädieren in ihren Beiträgen pro Arbeit und Arbeitszeitverkürzung; dem Herrschaftscharakter kapitalistischer Reproduktion müsse kollektiv begegnet werden – oder anders gesagt: hier hofft man auf die Klasse und misstraut dem bürgergesellschaftlichen Charakter des BGE.

Die Hartz IV-Folgen erschöpfen sich nicht darin, dass den Betroffenen vorne und hinten die Kohle fehlt, der entwürdigende Zwangscharakter lässt sich auch mit 100 Euro mehr nicht aufheben. Deshalb hat die Diskussion um das Bedingungslose Grundeinkommen eine Bedeutung für die ganze Gesellschaft. Die unterschiedlichen Beiträge des Bandes machen die Chancen, aber auch die Fallstricke des Modells deutlich.

Die Hamburger Gruppe Blauer Montag, die ihren Ursprung in den Jobber- und Erwerbsloseninitiativen der 1980er-Jahre hat, zählt zu den wenigen Zusammenhängen der autonomen Linken, die die "soziale Frage"

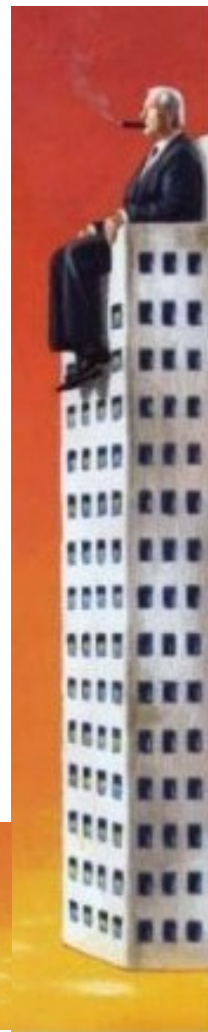
seit Jahren zu ihrem zentralen Thema gemacht hat. Der Übergang von Welfare zu Workfare ist einer ihrer Untersuchungsgegenstände. Anders als die neokeynesianisch orientierte Traditionslinke, aber auch in Abgrenzung zu Vertretern eher neoliberaler Grundeinkommensvarianten stellt die Gruppe den Zusammenhang von kapitalistischem Kommando und Mehrwertabpressung im Produktionsprozess mit der sozialstaatlich regulierten Reproduktion in den Fokus ihrer Kritik.

In dem im Verlag Assoziation A erschienen Band „Risse im Putz“ sind Analysen und Diskussionsbeiträge der Gruppe aus den letzten 15 Jahren versammelt. „Autonomie, Prekarisierung und Autoritärer Sozialstaat“ – so der Untertitel – stecken dabei das Themenfeld ab. Was die Untersuchungen und Interventionen des „Blauen Montag“ spannend macht, ist der Blick auf die gesamtgesellschaftliche Funktion der Maßnahmen des autoritären Sozialstaat und die Auswirkungen auf die Reproduktionsbedingungen des Prekariats. Dabei interessiert auch immer, welche Widerstandsmöglichkeiten sich dort ergeben, wo Gewerkschaft praktisch nicht mehr vorhanden ist.

Gegenüber dem „Best of ...“-Charakter war ich erst skeptisch: Warum noch einen zehn Jahre alten Artikel lesen? Aber – sieh da: Gerade so wird deutlich, dass die meisten Probleme eben nicht neu sind, dass es in kapitalistischen Gesellschaften eine Garantie für Arbeit und Existenzsicherung nicht gibt.

Blauer Montag (Hg.): Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat. Hamburg 2008. ISBN 978-3-93593-672-9. 14 EUR

Hartmut Neuendorff / Gerd Peter / Frieder O. Wolf (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit. Hamburg 2009. ISBN: 978-3-89965-353-3. 17,90 EUR.





Kino 8 ½ im März

jeweils Freitag und
Samstag um 20.30
Uhr



6. März und 7. März

Lemon Tree

Der Streit um den Zitronenhain einer palästinensischen Witwe, der dem geplanten neuen Domizil des israelischen Verteidigungsministers weichen soll, dient als melancholische und selbstironische Metapher, die die Widersprüche der israelisch-palästinensischen Gesellschaft mit Poesie, Trauer, Wut und schwarzem Humor beschreibt.

Israel 2007 (Kinostart: 2.10.2008), 106 Minuten.

13. und 14. März

Das Cabinet des Dr. Caligari

Der Hypnotiseur und Schausteller Caligari lässt durch sein somnambules Medium mehrere Menschen töten. Nachdem ein Student ihn entlarvt hat, erweist er sich als Insasse der Irrenanstalt, deren Direktor Caligari ist. Der berühmteste deutsche Stummfilm, ein Meisterwerk der provokativen Bildsprache des Expressionismus, ist einer der wichtigsten Psychriefilme. Seine Thematik der erzählerischen Vermischung von Normalität und Wahnsinn und der Folgeerscheinungen von Autorität, Macht, Tyrannei, Despotismus und Massenbeeinflussung durch Hypnose sowie seine stilistische Verbindung von moderner Kunst mit Formen des Wahnsinns lassen ihn auch heute noch aktuell und brisant erscheinen.

Davor Vortrag von Daphne Mattner.

Deutschland 1919, 71 Minuten.

20. und 21. März

So viele Jahre liebe ich Dich

Eine Frau, die wegen Mordes an ihrem kleinen Sohn eine lange Haftstrafe verbüßte, wird aus dem Gefängnis entlassen und findet Unterkunft bei der Familie ihrer jüngeren Schwester. Diese hatte auf Druck ihrer Eltern den Kontakt zu der Älteren im Gefängnis abgebrochen; nun versucht sie, wieder eine Nähe aufzubauen. Das großartig gespielte, psychologisch dichte Schauspielerdrama zwingt den Zuschauer in einen Konflikt zwischen Empathie mit der Protagonistin, die die Erzählhaltung des Films dominiert, und der Antipathie, die

man instinktiv gegen ihre Tat hegt. - Europäischer Filmpreis 2008 - Beste Darstellerin: Kristin Scott Thomas

Frankreich 2007 (Kinostart: 11.9.2008), 117 Minuten

27. und 28. März

Waltz with Bashir

Mit den formalen Mitteln des Animationsfilms wird an die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila erinnert, wobei sich der Film die Freiheit nimmt, Bilder von Ereignissen und Situationen zu finden, für die es eigentlich keine Bilder gibt. Mitreißend und zugleich hochreflexiv leistet er nicht nur intensiv Erinnerungsarbeit, sondern setzt eine ganze Reihe von Mediendiskursen in Gang. Ein ebenso kluges wie experimentierfreudiges Meisterwerk. - Golden Globe 2009: Bester fremdsprachiger Film. Von den Kritiker der renommierten deutschen Filmzeitschrift Filmdienst als bester Film 2008 gewählt.

Israel 2008 (Kinostart 6.11.2008), 90 Minuten.

3. und 4. April

Jerichow

Die Wege zweier Männer und einer Frau kreuzen sich im Nordosten Deutschlands. Sie könnten ihr Leben gegenseitig durchaus bereichern, finden jedoch keine tragfähige und loyale Haltung zueinander. Ein vielschichtiger, darstellerisch intensiver Film über Träume, Sehnsüchte und Leidenschaft, dessen Protagonisten ziellos durchs Leben driften und nur an Güter glauben, die mit den Händen greifbar sind. Auf der Grundlage eines Kriminalromans, den Luchino Visconti bereits 1942 verfilmte ("Ossessione"), entstand ein beeindruckender Film, der nicht nur deutsche Befindlichkeiten überzeugend spiegelt. - Preis der deutschen Filmkritik: bester Film 2008.

Deutschland 2008 (Kinostart 8.1.2009), 90 Minuten

Regie: Christian Petzold mit Benno Fürmann und Nina Hoss.

10. und 11. April

Die Zauberflöte

Mozarts Oper "Die Zauberflöte" vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs, in dessen Wirren Soldat Tamino in eine seltsame, surreale Parallelwelt gerät, wo er die Tochter der Königin der Nacht retten soll. Atemberaubende Bilder, eine vorzügliche Montage, die geschickt Mozarts Musik aufgreift, sowie gute stimmliche Leistungen der Sänger/Darsteller ergänzen sich zu einer originellen Opern-Adaption.

Großbritannien 2006 (Kinostart 3.1.2008), 135 Minuten.

Regie: Kenneth Branagh, Musik: Wolfgang Amadeus Mozart.

Politische Termine in und um Celle

Dienstag, 3. März, 20.00

"Öffentlicher Nahverkehr in Celle - Folgen einer Privatisierung"

Referent: **Jürgen Elendt**

Veranstalter: attac Celle

Urbanus-Rhegius-Haus, 20 Uhr

Donnerstag, 5. März, 19.30

„Klimawandel und kommunale Energiepolitik

Ref.: **Dr. Kurt Berlo**, Wuppertal

Ist es sinnvoll, die Stadtwerke zurückzukaufen? Was ist mit den Konzessionsverträgen? Sollen und können Städte in die Ernergieerzeugung einsteigen? Wie geht die Bürgerbeteiligung mit Energiegenossenschaften?

Veranst.: Forum gegen Atomenergie und Rosa Luxemburg Stiftung

Ev. Jugendhaus, Neumarkt 6



Samstag, 7. März, 14.30 – 19.00

Hauptsache schön gesund!?! - Internationaler Frauentag

mit u.a.:

Vortrag „Ernährung und Psyche“

Filmvorführung „Das wahre Ich“

Vortrag mit anschließender Diskussion „Schönheits-Operationen – Chancen und Risiken“;

außerdem „Anna singt“

Veranstalter: Celler Frauenforum

Frauenräume in Celle e.V., Fritzenwiese 46

Sonntag, 8. März, 14.00

Filmveranstaltung „Mir zeynen do - Der Ghettoaufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok“

anschließend Gespräch mit der Filmemacherin **Ingrid Strobl**.

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Dienstag, 10. März, 19.00

"Uranium - is it a country?"

Dokumentarfilm, produziert von einem jungen Team aus ganz Deutschland, das sich auf eine Spurensuche macht und über die fatalen Folgen des Uranabbaus in Australien informiert. Der Film fragt: Wie klimagerecht die Atomkraft wirklich ist und welche Risiken sie mit sich bringt.

Zur Diskussion kommt mit **Stephanie Auth** eine der Regisseurinnen extra aus Berlin nach Celle.

Veranst: Forum gegen Atomenergie und Rosa Luxemburg Stiftung Nds.

Kino 8 ½

Donnerstag, 12. März, 19.00

Extreme Rechte und soziale Frage: Erosionen in der Mitte der Gesellschaft und Erfolge der extremen Rechten

Ref. **Dr. Christina Kaindl**, Berlin

Mit Globalisierungskritik war die extreme Rechte in den letzten Jahren erfolgreich. Welche Erfahrungen führen dazu, dass die rechten Deutungsangebote für immer mehr Leute Sinn zu machen scheinen?

Kreuzkirche, Windmühlenstraße 45 a

Veranst: Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt

Samstag, 14. März, 20.00

„Hassprediger – ein demagogischer Blindtest“ mit **Serdar Somuncu**

CD-Kaserne / Abendkasse: 13 bzw. 10 EUR (VVK 10,90 bzw. 7,90 EUR)

Dienstag, 17. März, 13.00

„Der Aussteiger – Gesprächsmöglichkeiten“

Für Schüler ab der 10. Klasse bietet sich im Rahmen der Ausstellung gegen Rechtsextremismus die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Nazi-Aussteiger **Michael Strehlow**, der wegen Mordes in der JVA Celle einsitzt.

CD-Kaserne, Eintritt frei (Anmeldung erforderlich)

Dienstag, 17. März, 19.00

„Umgang mit Rassismus im Alltag“

Ref.: **Rudolf Leiprecht** (Uni Oldenburg)

Kann es sein, dass ich rassistisch denke und handle ohne es zu wollen und vielleicht sogar ohne es zu merken? Sind nicht meine selbstverständlichen Vorstellungen und Verhaltenspraxen als „weiß“, „westlich“ und „christlich“ an sich schon eine Quelle des Rassismus im Alltag?

Veranst: CD Kaserne und Fachdienst Jugendarbeit

CD-Kaserne, Eintritt frei

Donnerstag, 19. März, 18.00

Filmvorführung: „roots germania“; anschließende Gesprächsrunde mit **Mo Asumang** (Buch/Regie) und afrikanisches Buffet.

Auf ihrer Recherchereise versucht Mo Asumang die Ursachen des Hasses und der Ausgrenzung von Migranten zu ergründen.

CD-Kaserne, Eintritt frei



Kunst & Kultur

Samstag, 7. März, 20.00

Andy Lee und Tennessee Rain

Das Repertoire umfasst die gesamte Bandbreite dieser Ära - von Elvis über Buddy Holly und Chuck Berry bis hin zu Fats Domino, Johnny Cash und Jerry Lee Lewis. Der pure Rockabilly-Sound und die Country-Songs sind zusätzlich von einer authentischen Leadgitarre geprägt.

CD-Kaserne, Abendkasse: 14 EUR

Samstag, 13. März, 14.30 – 19.00

Warm-up-Party

Zum Celle-Rock-City-Festival
CD-Kaserne, AK: 7 EUR

Freitag, 20. März, 19.00

Von Swing bis Jazzrock

Session der Neuen Jazzinitiative
Kunst & Bühne, Nordwall)
Eintritt frei

Dienstag, 24. März, 19.00

TRIALOG: MALEREI - MUSIK – MUNDWERK

Musik & Wort finden über ein Bild zu einem Dialog, der nach und nach zum Trialog sich weitet, zu einem QUARTETT VOR EINEM BILD von Frank Schult. Mit dem Wort- und Mundwerker Oskar Ansell und dem Trio MAREA, Wolfgang Stute, git, Hajo Hoffmann, viol, Kurt Klose, p

Neues Rathaus, Foyer
Freier Verkauf - VVK 12 €, AK 15 €

Dienstag, 24. März, 20.00

Harald Haugaard Trio

Das Trio des Violinisten erforscht neue musikalische Wege zwischen Folk und Rock, Blues und Ballade. Der akustische Gitarrist Rasmus Zeeberg und Sune Rahbek mit relaxten Schlagzeug-Sounds sorgen für den spannenden und passenden Rahmen.

CD-Kaserne, VVK 12,90 / AK 14,00

(vorläufiger Redaktionsschluss: 19. April)



Samstag, 28. März, 20.00

„Stars & Bars“ (Celle) und „The Rivets“ (Peine) in Concert

Seit über 15 Jahren spielen „Stars and Bars“ ihren fetzigen Rhythm`n`Blues. Mit einigen neuen Stücken im Programm startet die Band in den Konzertfrühling. Neben bekannten Klassikern präsentieren Anette Anders und "ihre Jungs" auch eher unbekannte Perlen der Bluesgeschichte. Zur Unterstützung haben die Celler eine Band aus dem Nachbarkreis eingeladen: "The Rivets" mit ihrem "Nightmare Rock", der sich als bunte Mischung aus Rock'n'Roll, Rockabilly und Psychobilly offenbaren wird.

Sa., 28. März 2009, 20.00 Uhr, „Neue Arbeit Celle“ (Hohe Wende 14)

Eintritt: 6 EUR

Montag, 30. März, 20.00

Stefan Gwildis

"Wünschst du wärst hier" Tour 2009

Union, Großer Saal

Eintritt: zw. 35,80 EUR und 24,30EUR

Donnerstag, 2. April, 20.00

Heinz Strunk liest „Fleckenteufel“

Fleckenteufel ist der neue Roman von Heinz Strunk („Fleisch ist mein Gemüse“): lustig, traurig und trashig, eine melancholisch-derbe Reminiszenz an die Freuden und Leiden des Erwachsenwerdens.

CD-Kaserne, VVK 12,90 / AK: 15,00

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“
jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer
jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello
Erwerbslosenberatung
Je. Di. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum
Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Termine im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:
jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:
je. 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv
jeden Do., 17-19 Uhr

Plenum
jeden Do. 19 Uhr

Volkküche
jeden So. 18 Uhr

Kneipe
jeden Mo. 20 Uhr

Forum gegen Atomenergie
Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr